

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger monatlich 6.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengepaltene Poststelle oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer wählen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 225.

Montag, den 26. September 1921.

28. Jahrgang.

Görlitz.

Dr. L. Lübeck, 26. September.

Der Görlitzer Parteitag hat ganze Arbeit gemacht. Nicht nur eine ungeheure Anzahl von Einzelanträgen sind erledigt worden; auch über die beiden Hauptpunkte, die zur Erörterung standen, hat man entscheidende Beschlüsse herbeigeführt. Die Frage der Koalition mit der Volkspartei, die der Kasseler Parteitag so entschieden verneint hatte, wurde diesmal, wenn auch nur mittelbar, bejaht; und dazu wurde der Partei ein neues Programm gegeben.

Wahrlich eine bedeutsame Leistung für eine fünftägige Tagung. Die Beschlüsse wurden nach sachlichen Auseinandersetzungen stets mit großer Mehrheit gefaßt, oft einstimmig; der Verlauf des Parteitages war außerordentlich harmonisch.

Und doch ist vielen Delegierten, wenn nicht den meisten, ein gewisses Gefühl der Unzufriedenheit geblieben. Die Tatsache, daß der Kampf der Meinungen, der Widerstreit der verschiedenen Gruppen mit ungleichen Waffen ausgefochten wurde, lag und liegt doch manchem der ehrlich Ringenden schwer auf der Seele. Der Opposition stand nicht ein einziger führender Parteigenosse zur Verfügung; und die wenigen, die sich in aussichtslosem Kampfe trotzdem vorwagten, wurden von der geschlossenen Kampffront von Hermann Müller, Otto Braun, Eduard Bernstein, Scheidemann, Severing und Dr. David zugebedekt.

Es ist das bedauerlich, denn dadurch wurde es den zuhörenden Parteigenossen beinahe unmöglich gemacht, sich ein unabhängiges und selbständiges Urteil zu bilden. Es ist zu beklagen, daß keiner von den bekannten Parteiführern, die sich bis in die letzten Tage gegen die Koalition gewehrt haben, für seine Ideen sich einsetzte, und daß andere, die auch jetzt noch dagegen sind, ohne Mandat waren und deshalb nicht sprechen konnten. Gewiß hätten auch Heilmann, Kuttner oder Lüdemann das Ergebnis der Abstimmung nicht grundlegend ändern können, aber die Frage der Koalition wäre dann bedeutend klarer und schärfer zu beantworten gewesen.

Wir wollen uns nichts vormachen. Es kam nicht etwa darauf an, den Fraktionen etwas mehr taktische Bewegungsfreiheit zu geben als der enge und unkluge Kasseler Beschluß ihnen gelassen hatte, sondern man wollte sich durch den Görlitzer Parteitag den Weg freimachen lassen zu einer Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei. Das ist geglückt, und in diesem Sinne ist Görlitz eine taktische Wendung.

Die meisten Kleinsager waren nicht etwa grundsätzlich gegen jede Verbindung mit der Volkspartei. Nur die näheren Umstände dieser Schwenkung und den Zeitpunkt hielten wir für außerordentlich ungünstig. Noch ist die Volkspartei nicht zu einer echten Anerkennung der Republik zu bewegen, noch geht sie im schwarz-weiß-roten Gewande über Land. Und, was für uns am schwersten wog, bis zum letzten Tage fuhr der „Vorwärts“ und die gesamte Parteipresse das allerhöchste Geschütz gegen jede Koalition mit der Volkspartei auf. Ganz unvorbereitet wurden die Massen vor die Tatsache einer veränderten Taktik gestellt.

Gewiß, wir wissen auch, daß die Basis der Regierung Wirth auf irgend eine Weise erweitert werden muß. Und daß die Unabhängigen als Koalitionsträger reichlich unzuverlässig sind, ist uns nicht unbekannt. Aber, wenn man soviel von einer zu erwartenden Sinnesänderung der Leute um Stresemann und Stinnes spricht, so soll man doch auch nicht vergessen, daß Breitscheid und sein Anhang Wandlungszeichen zeigen, und daß die meisten von ihnen das Leipziger Aktionsprogramm mit seiner unsinnigen Diktatur lieber heute als morgen über Bord werfen würden.

Diese Rückentwicklung der U. S. P. D. wird der Görlitzer Beschluß unbedingt erschweren. Und das ist ein Grund, der in den Herzen der Opposition außerordentlich schwer wog; er scheint uns doch eine Koalition von Wirth bis Breitscheid viel günstiger und dankbarer als eine solche von Hermann Müller bis Stresemann. Die Einigkeit des Proletariats zu fördern statt sie zu hemmen, war für uns Herzenssache. Der Parteitag hat anders beschlossen.

Immer wieder kam in den Referaten der Befürworter des Görlitzer Beschlusses zum Ausdruck, daß man die Verbindung mit der Volkspartei ermöglichen müsse, daß man diese Partei nicht immer als reaktionär etikettieren, Stinnes nicht zu schwarz malen dürfe.

Aber, von irgend einem Verrat oder einer Verbürgerlichung kann trotz allem keine Rede sein; jetzt schon wenden wir uns mit aller Schärfe gegen Darstellungen, die sicher von links kommen werden, als ob in Görlitz irgend ein Unglück geschehen wäre. Der Beschluß ist weiter nichts als die Einleitung eines Versuches, auf verbreiteter Basis die ungeheure Aufgabe zu erleichtern, die Reparationslasten abzutragen.

Im übrigen legt sich der Wortlaut des Beschlusses nicht etwa auf die Volkspartei fest (seine Verteidiger haben dies immer wieder mit besonderer Wärme betont). Wir haben also nach wie vor die Möglichkeit, für eine Koalition mit Breitscheid einzutreten, und eine solche mit Stresemann zu bekämpfen. Umso mehr, als durch die merkwürdigen Ausfälle des volksparteilichen Führers gegen Wirth diese unsere Stellungnahme gegenwärtig stark gestützt wird; Wirth werden wir keinesfalls opfern.

Schneller als die Väter des Beschlusses vielleicht geahnt haben, kann in dem um Wirth entbrannten Kampf die Alternative ob links oder mitte auftauchen. Und wenn die Volkspartei dann die Entscheidung haben wird, so könnte es leicht sein, daß die Gegner der Volkspartei doch stärker sind, als es in Görlitz schien.

Der Widerstand gegen das neue Programm war bedeutend schwächer als gegen die Koalition. Es stellt in der Tat auch eine bedeutsame Verbesserung im Vergleich zum ersten Entwurf dar. Auch bei der Programmdebatte war die Kritik schwach; einzig Stroebel brachte einige wirksame Momente vor, aber selbst er mußte zugeben, daß der letzte Entwurf im ganzen in Ehren bestehen kann. Einzelne Punkte bedürfen noch der Ergänzung, besonders auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Wohnungswesens. Aber die unbedingte Gewißheit besteht, daß unsere alten Ideale auch fernerhin gelten, und daß trotz aller Meinungsverschiedenheiten im einzelnen, alle Parteigenossen nur ein Ziel haben: die Interessen des werktätigen Volkes mit stets gleicher Kraft zu vertreten.

Der zweite Teil des Görlitzer Programms.

Am Sonnabend haben wir den von der Programmkommission des Parteitages neu entworfenen allgemeinen Teil des Parteiprogramms abgedruckt. Heute lassen wir die dem allgemeinen Teil angeschlossenen Einzelprogramme folgen, die nachstehende Forderungen enthalten:

Wirtschaftspolitik.

Grund und Boden, die Bodenschätze, sowie die natürlichen Kräftequellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und dienen der Volksgemeinschaft zur Ausführung gesetzlicher Maßnahmen gegen die Expansivierung oder das gänzliche Unbenutzbarwerden landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verwüstung zu privaten Luxuszwecken; Kontrolle des Reiches über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem der Interessengemeinschaften, Kartelle, Trusts; fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung, unter Vermeidung der Bürokratie; Förderung der nicht auf Erzielung von Profiten gerichteten Gewerkschaften; Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Sozialpolitik.

Einheitliches Arbeitsrecht; Sicherung des Koalitionsrechts; gesetzliche Festsetzung eines Arbeitstages von höchstens 8 Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhter Gefahr für Leben und Gesundheit; äußerste Einschränkung der Nachtarbeit für Männer, Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr; Verbot jeglicher Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder; Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen; eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden; jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes; Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung des

Uebels der Heimarbeit und ihrer Aufhebung, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Heimarbeiter möglich ist; Umgestaltung der sozialen Versicherungen zu einer allgemeinen Volksfürsorge; auf dieser Grundlage Förderung des internationalen Arbeiterkampfes; allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb; Sicherung und Ausbau der staatsbürgerlichen Rechte und wirtschaftlichen Rechte der Beamten; planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik; besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Finanzen.

Sicherung und Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer, ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des Kapitals; Erbrecht des Reiches bei erstem Verwandtschaftsgrad; Pflichtteil des Reiches, abgefaßt nach der Zahl der Erben; wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht; Schonung der Arbeiterklasse und Belastung des verschwenderischen Ueberschusses; Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Verfassung und Verwaltung.

Sicherung der demokratischen Republik; Festigung der Reichseinheit; Ausbau des Reiches zum organisch gegliederten Einheitsstaat; Selbstverwaltung der Gemeinden; gleichmäßig organisierte Gemeindeverbände (Kreis, Bezirke, Provinzen); Ueberordnung der demokratischen Volksvertretung über die herrschaftlichen Organisationen; vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft und der Religion.

Gemeindepolitik.

Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie einheitliche Gemeindevertreterorganisation und Volksabstimmung in den Gemeinden, Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung; Wahl der Bürgermeister auf Zeit; Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten; Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beurlaubung ungeschlichter Verwaltungsakte; Beseitigung des Befähigungsrechts der Aufsichtsbehörden für die Gemeindeorgane; reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung.

Rechtspflege.

Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen Rechtspflege durch eine soziale Rechtsauffassung; Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft; Kampf gegen Klassenjustiz; entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz; Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis; vollständige Gesetzespraxis; Zusammenlegung des Richterstandes aus allen Volkskreisen; Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern; Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste; Uebertragung der gesamten Justiz an das Reich; Berufung in Strafsachen; reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Schutz und Erziehung, nicht Vergeltungsstrafrecht; Abschaffung der Todesstrafe.

Kultur und Schulpolitik.

Recht aller Volksgenossen auf die Kulturgüter; höchstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft; Religion ist Privatsache; Sache innerer Ueberzeugung ist nicht Parteisache; Trennung von Staat und Kirche; Ausgestaltung der Schule als wirkliche Einheitschule; Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und Verpflegung in der Schule; Umwandlung der Schule in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitestgehender Selbstverwaltung; gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter, Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien; verantwortliche Mitwirkung der Eltern in der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte; Erziehung der heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zum Aufbau einer lebenden Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens; ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsjahungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind; Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaftigen Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft; Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht; Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechtes; völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit; internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes; Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzielung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert; Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes; Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete; Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten; Revision des Vertrages von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Entlastungen und Anerkennung der internationalen Lebensrechte.

Die deutschnationale Mörderzentrale.

Wir veröffentlichen am Sonnabend das Statut der Verschwörerorganisation, das der badische Staatspräsident im Landtag bekanntgab. Durch dieses Dokument wurde wieder einmal erwiesen, was man von den Beteuerungen der Deutschnationalen zu halten hat. Es wird hier so klar wie möglich erwiesen, daß die Rechtsboshaftigkeit mit aller Macht dem monarchistischen Staat wieder zu erziehen trachten und daß sie weder Mord noch Totschlag scheuen, um ihr Machtgefälle durchzuführen. Wir stehen vor einer geheimen Verschwörerorganisation in ihrer typischen Form, Geheimhaltung vor den Behörden, Gelöbnis unbedingten Gehorsams gegen die Vorgesetzten, geheime Feindschaft gegen die Regierung, — schärfer kann sich der Charakter einer organisierten Verschwörung gar nicht ausdrücken. Ganz offenbar gehört es zum Zweck der aufgedeckten Verbindung, ihre gerichtliche Verfolgung Mitglieder der Bestrafung zu entziehen, das ergibt sich aus dem Solidaritätsversprechen der Satzungen und dem tatsächlichen Handeln. — Ein weiterer strafrechtlicher Verstoß ist die Androhung der geheimen Feindschaft. Sie ist sowohl nach § 126 (Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens) mit Gefängnis bis zu einem Jahr strafbar, als nach § 241 (Bedrohung eines anderen mit der Begehung eines Verbrechens) mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mark.

Es hat sich also jedes Mitglied der Verbindung unabweislich in vielfacher Weise strafbar gemacht. Aber uneres Erwählens geht die Strafbarkeit noch viel weiter: da die Ermordung Erzbergers offenbar auf Anstiftung und mit Einverständnis der gesamten Organisation erfolgt ist, so ist jedes einzelne Mitglied der Anstiftung bezw. der Beihilfe zum Mord schuldig. Die ganze Gesellschaft ist strafrechtlich nicht anders anzusehen, als irgendeine gemeinsam handelnde Räuber- oder Mörderbande. Wir verlangen, daß die volle Schwere des Gesetzes gegen die dieser Organisation angehörenden gemeinen Verbrecher zur Anwendung gelangt.

Das Bureau des Verschwörerbundes befand sich in der Franz-Josef-Straße in München. Das Bureau wurde bei der Suche nach den Mördern Erzbergers entdeckt und dabei das schwer belastende Material beschlagnahmt. Es handelt sich um die nämliche Organisation, auf die der preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung den Reichskanzler und den Reichspräsidenten während aufmerksam gemacht hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich hier um einen verzweigten Geheimbund staatsgefährlicher Art gehandelt hat, aus dem unter Umständen ein neuer Rapp-Quitt hätte hervorzugehen können.

Die deutschnationale Presse sucht, wie üblich, die Entdeckung ins Lächerliche zu ziehen, oder sie verweigert sie ganz. So machen es die Süddeutschen Anzeigen, die zudem sich noch so nahe stellen und behaupten, die in München Verhafteten hätten sich lediglich der Begünstigung schuldig gemacht. Damit würden die Inhaftierungen der Linken über die Bildung einer Mördervereinigung in sich selbst zusammenfallen. Ahnungslos sind die Anstiftungsleute nur einmal, das muß ihnen der Reich lassen.

Waffenversteck der Reaktion.

Wie dem „Vorwärts“ aus Hamm in Westfalen gemeldet wird, hat man bei einem Landwirt in der Nähe von Soest ein umfangreiches Waffenlager ausgehoben. Diese Waffen waren von einem aktiven Schuttpolizeuleutnant namens Lenderling durch Schuttpolizeibeamte und mit Hilfe von Schuttpolizeiwagen dort versteckt worden. Der Leutnant arbeitete mit einem früheren Reichswehrleutnant namens Dörr eng zusammen. Lenderling ist der Leiter des Jungdeutschlandbundes in Soest und der Hauptmacher des Schuttp- und Truttbundes. Auch der Landrat Schulze-Pellum in Hamm ist schwer kompromittiert.

Die Verschwörung der Erzbergermörder.

Der Leiter des württembergischen Landespolicieamtes hat den Pressevertretern über die Untersuchung des Mordes an Erzberger mitgeteilt, daß besonders Papierhändler, die in einem Bach gefunden wurden, zur Ermittlung der Mörder beizutragen haben. Auf diesen Papierhändlern war eine Reihe von Telephonnummern und Adressen notiert, wo Erzberger eventuell zu erreichen war. Weitere Papierreste ergaben nach ihrer Zusammenstellung die Mitgliedsliste eines kaufmännischen Vereins in Hamburg auf den Namen Heinrich Schulz. Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß Schulz und Tilleßen unweitlich der Täter sind und daß sie Mitwisser und sogar Begünstiger hatten. Es dürfte sich dabei um Untergruppen des obigen Geheimbundes handeln.

Die wirtschaftlichen Sanktionen.

Vorläufiges Übereinkommen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: London, Paris und Rom schienen endlich ein vorläufiges Übereinkommen in der Frage der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein erzielt zu haben. Dieses Übereinkommen werde die Gestalt einer Mitteilung an die deutsche Regierung tragen, daß sie die von den Alliierten eingeleitete Sonderkommission zur Überwachung der deutschen Ein- und Ausfuhr annehmen müsse. Alle etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten bezüglich der genauen Aufgabe dieser Kommission sollen demnach zwischen den Alliierten selbst geregelt werden. Die Ansicht der italienischen Regierung in dieser Frage sei der in amtlichen Londoner Kreisen vorherrschenden sehr verwandt. Rom lege den vor kurzem gefassten Beschluß, eine besondere Überwachungskommission einzusetzen, in genau demselben Sinne aus wie London, nämlich als Maßnahme zur Durchführung der Artikel 264—267 des Versailler Vertrages. Die italienischen Staatsmänner seien ebenso wie die britischen für eine baldige Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und gegen die künftigen wirtschaftlichen Sanktionen zwischen einzelnen Ländern Deutschlands. Die italienische Regierung habe auch vorgeschlagen, daß die Kommission nicht der Rheinlandkommission unterstellt werden soll und daß das Personal der Kommission, was die Zahl betrifft, gering sein soll, damit die Kosten dieser Kommission auf ein Mindestmaß beschränkt würden. Diese Ansicht der italienischen Regierung entspreche der bereits auf der letzten Pariser Konferenz an den großen Ausgaben für die verschiedenen internationalen Kommissionen in Deutschland geübten sparsamen Kritik.

Rolle gegen die Schutzpolizei.

Berlin, 24. September.

Der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Rollet, hat sich in einem Schreiben an das Auswärtige Amt gegen die Organisation der deutschen Schutzpolizei gewandt. Er bemängelt insbesondere die zentrale Organisation der Schutzpolizei, die ihr einen militärischen Charakter verleihe. In dem Schreiben wird die Entmilitarisierung der Schutzpolizei gefordert. Wie verlautet, beschloß sich das Komitee schon in seiner heutigen Sitzung mit dieser Frage.

Die „Tel.-Matros“ meldet hierzu: Das Reichskabinett hat sich am Sonntagabend unter Hinzuziehung von preussischen Dienststellen mit der Rolle beschäftigt. Die Reichsregierung hofft durch Beseitigung im Wege von Verhandlungen den Standpunkt der Kontrollkommission ändern zu können. Was geht dabei von der Erwägung aus, daß die Rolle nicht allein rechtmäßig begründet ist, sondern tatsächlich völlig unzulässig sei. Gegenwärtig wird von sechs Dienststellen Material gesammelt, auf dessen Grundlage

sich die Regierung über ihr Verhalten der Entente gegenüber schlüssig werden wird.

Noch ein französischer Protest.

II. Paris, 26. September.

Wie „Journal des Debats“ mitteilt, hat die französische Regierung dem deutschen Außenministerium eine energische Protestnote gegen den Boykott französischer Waren in Deutschland überreicht lassen.

Der sozialistische Wahlsteg in Schweden

Stockholm, 24. September.

Von den Wahlen zur Zweiten Kammer liegen jetzt die Ergebnisse aus 16 von den 28 Wahlkreisen Schwedens vor. Zum erstenmal haben sich die Frauen an den Wahlen beteiligen können und sie haben von ihrem neuen Wahlrecht ausgiebig Gebrauch gemacht. Bisher sind für die Sozialdemokraten 430 000 Stimmen, für die Konservativen 309 000, für die Liberalen 104 000 für den Bauernbund 35 000, für die Kommunisten und Linkssozialisten 35 000 Stimmen gezählt. Die Sozialdemokraten haben bisher 61 Mandate, davon 13 neu eroberte, besetzt. Die Konservativen haben 41 Mandate erhalten und 4 verloren, die Liberalen 20 erhalten und 5 verloren, der Bauernbund hat 10 Mandate bekommen und 2 verloren und die Kommunisten und Linkssozialisten haben 2 neue Mandate erobert.

Der Reichskanzler über die Wiedergutmachung.

Reichskanzler Wirth erklärte Vertretern der französischen und italienischen Presse, Deutschland mache riesenhafte Anstrengungen, die Wiedergutmachungen zu leisten. Die Industrie habe sich bereit erklärt, die Regierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Mit der Landwirtschaft hoffe man zu einer ähnlichen Vereinbarung zu kommen. Aber man dürfe im Auslande nicht übersehen, daß die ersten Zahlungen Deutschlands Wirtschaftskörper aufs schwerste erschüttert haben, man solle den Boden nicht überspannen. Man sollte diese Anstrengungen nicht dadurch sabotieren, daß man wichtige Entscheidungen, von denen Deutschlands Lebensfähigkeit abhängt, immer wieder hinauszieht.

Die Pariser Presse beschäftigt sich sehr ausführlich mit diesem Interview des Reichskanzlers. Die „Action Française“ schreibt: „Der Kanzler ist sehr erkrankt darüber, daß das Mißtrauen weiter besteht. Es besteht in der Tat weiter, und die Explosion von Oppau hat es sogar verstärkt, denn man vermutet, daß es sich bei dem neuen Gas um etwas anderes als um eine harmlose Erfindung handelt. Dieser Verdacht ist in England und gerade in den wichtigsten deutschfeindlichen Zeitungen ausgesprochen worden.“ — Die „Republique Française“ schreibt: „Der Reichskanzler wünscht besonders von Frankreich neue Gestaltarbeiten. Frankreich war bisher verächtlich mit solchen Gefälligkeiten. Hat es nicht im Londoner Abkommen auf 50 Proz. der französischen Ansprüche verzichtet? Hat es nicht darauf verzichtet, die 12 Milliarden zu verlangen, die am 1. Mai fällig waren? Hat es nicht auf die Auslieferung der Schuldigen verzichtet? Was wünscht Herr Wirth noch mehr?“ Die „Victoire“ erklärt, daß die wirtschaftlichen Sanktionen unzerzählich aufgehoben werden. Die deutschen Republikaner, schreibt das Blatt, können versichert sein, daß sie sich auf einem guten Wege befinden und daß sie bei Frankreich viel gewinnen werden, wenn sie auf diesem Wege verbleiben.

Entsendung von Sachverständigen nach Oberschlesien.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Genf hat der Ausschuh des Völkerbundes eine Sachverständigenkommission nach Oberschlesien zu entsenden beschloffen. Zwei Sachverständige, darunter ein Spanier, hätten sich schon einige Tage in Oppeln aufgehalten und seien nach Genf zurückgekehrt, um vor der Abreise der Sachverständigenkommission einige Anskünfte zu geben.

„Evening Standard“ berichtet, der Beschluß der Vertreter Italiens, Belgiens, Brasiliens und Chinas im Völkerbunde, denen die Behandlung der oberschlesischen Frage übergeben wurde, werde nicht vor dem nächsten Monat erwartet. Ein Vorschlag zielt dahin, daß eine neue Abstimmung in Oberschlesien stattfinden solle, da es heißt, daß die Stimmung unter der oberschlesischen Bevölkerung gegen eine Teilung Oberschlesiens immer härter wird.

Vor der Verständigung mit Bayern.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld stufte am Sonnabend dem Reichspräsidenten und darauf dem Reichskanzler einen Besuch ab. Im Anschluß an die Besuche wurden die Verhandlungen über die zwischen dem Reich und Bayern stehenden Fragen über den Ausnahmezustand und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 beim Reichskanzler aufgenommen. Die Verhandlungen, an denen auch der Reichsminister des Innern und der bayerische Minister des Innern teilnahmen, wurden im Geiste der Verständigung und des Ausgleichs geführt. Die bayerische Delegation wird sich unverzüglich mit dem bayerischen Ministerrat und den zuständigen Stellen des bayerischen Landtages in Verbindung setzen, um sich über das Ergebnis der Verhandlungen endgültig zu verständigen. Der Reichskanzler wird am Mittwoch im Reichstag von dem Ergebnis der Verhandlungen Mitteilung machen.

Kleine politische Nachrichten.

Der frühere Redakteur der „Roten Fahne“, Scholem, ist im Warteaal des Anhalter Bahnhofes festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt. Vom Amtsgericht Berlin war am 4. Juni der Haftbefehl gegen Scholem wegen dringenden Verdachts des Hochverrats erlassen, nachdem der preussische Landtag die strafrechtliche Verfolgung nach dem Märzputsch genehmigte.

Eine Weltkundgebung der amerikanischen Arbeiterkraft für allgemeine Entwaffnung. Der Sekretär des amerikanischen Arbeiterbundes, Gompers, hat an die Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans telegraphiert und sie aufgefordert, an einer Weltkundgebung zugunsten der Entwaffnung anlässlich des Jahrestages des Waffenstillstandes und Eröffnung der Washingtoner Konferenz teilzunehmen.

Ungarn nicht im Völkerbund. Der Vertreter Ungarns beim Völkerbund, Graf Apponyi hat das Gesuch seiner Regierung um Aufnahme in den Völkerbund zurückgezogen.

Auflösung des Arbeiterbundes. „Daily Herald“ berichtet aus London, daß wegen Lohnschwierigkeiten eine Antisperrung in der Industrie am 12. 10. von der über zwei

Millionen Arbeiter betroffen würden. „Daily News“ melden, daß der Arbeiterbund wegen der Erfahrungen im Kohlenstreik und Angesichts der Schaffung eines Zentralrates des Gewerkschaftskongresses endgültig und formell aufgelöst sei.

Allgemeine Mobilisation in Albanien. Dem „Giornale d'Italia“ wird aus Valona gemeldet, daß die Serben nach dem Ablauf des Ultimatus die strategischen Stellungen am Drin besetzt haben. Die albanische Regierung hat daraufhin die allgemeine Mobilisation angeordnet.

1 1/2 Millionen Arbeitslose in Italien. Der Generalsekretär der italienischen Gewerkschaften schätzt die Zahl der Arbeitslosen im Winter auf mindestens 1 1/2 Millionen.

Die Trauerfeier in Ludwigshafen.

II. Ludwigshafen, 26. Septbr.

Gestern vormittag 11 Uhr fand bei den Ehrengräbern der bei der Explosionskatastrophe Getöteten die Trauerfeier statt, unter Beteiligung einer großen Zahl von Arbeitervereinigungen und Gewerkschaften. Die Zahl der Teilnehmer an der Trauerfeier wird auf 70000 geschätzt. An der Trauerfeier nahmen u. a. teil: der Reichspräsident Ebert, der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der badische Staatspräsident Trunk, der badische Minister des Innern Stummel, Reichstags- und Landtagsabgeordnete und Vertreter der Befehlungsbehörden. Der Vertreter des Oberkommissars Tirard, General de Meck sprach dem bayerischen Ministerpräsidenten sein Beileid aus und legte an den Gräbern einen kostbaren Kranz nieder. Im Namen der Reichsregierung und des Reiches dankte Präsident Ebert dem General für die Anteilnahme und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß am Grabe der Opfer die Menschlichkeit über die Landesgrenzen reicht. Im Namen des Generals Degoutte und der französischen Armee sprach General Dougan, auf die der Reichspräsident und der bayerische Ministerpräsident antworteten. Die Vertreter der Befehlungsarmee verabschiedeten sich hierauf mit der Begründung, die Nationalfeier für die Toten durch ihre Anwesenheit nicht fördern zu wollen.

Die eigentliche Feier wurde mit einem Musikstück und einem Chorgesang sämtlicher Männergesangsvereine von Ludwigshafen und Bornheim eingeleitet. Dann sprachen zuerst der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, hierauf Vertreter der Arbeitervereine und Gewerkschaften und der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Reichspräsident Ebert sagte in seiner Rede u. a.: „Wir beklagen an dieser Stelle so viele pflichterfüllte Arbeiter, die einer furchtbaren Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus hat das furchtbare Unglück dieserhalb Anteilnahme erweckt. Aus allen Teilen der Welt sind uns Teilnahmeübungen und werktätige Hilfe übermittelt worden. Hierfür spreche ich meinen herzlichsten Dank aus.“ Von allen Rednern wurden Kränze niedergelegt. Mit einem Trauermarsch und einem allgemeinen Trauergeläch fand die Trauerfeier ihren Abschluß.

Im Namen der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik führte Dr. Fölsch aus, daß er es für seine Pflicht halte, bei dieser Trauerfeier Mitteilung über die

Ursache der Katastrophe

zu geben. Zunächst gab er eine kurze Schilderung von den mühevollen und gefährlichen Untersuchungen, die schon lange vor dem Kriege in der Stickstoff-Fabrikation ausgeführt worden sind. Die wirtschaftliche Not und die schlechte Ernährung, die der Krieg dem deutschen Volke brachte, haben unerträglich zum weiteren Ausbau dieser Industrie gezwungen. Man sei sich darüber klar zu werden, daß diese Industrie Gefahren für die Arbeiterschaft darstelle. Aber die Chemiker der Fabrik hätten immer ihre Pflichten genauestens erfüllt, keine Vorschriften außer acht gelassen und auch im vorliegenden Falle treffe die Direktion keine Schuld. Eine neue unbekannte Naturkraft habe alle bisherigen Bemühungen zu Schanden gemacht und mit Schrecken Laube man erkennen müssen, daß der Stoff, der bestimmt war, die Ernährung unseres Volkes sicher zu stellen, sich als sehr gefährlich erwiesen habe. Der Redner schloß mit dem Bemerken, daß die Direktion der Fabrik alles tun werde, um die Not von den bedauernswerten Witwen und Waisen fernzuhalten und den Toten ein ehrendes Andenken bewahren werde.

Urteile von Arbeitern.

Dem „Vorwärts“ wird aus Ludwigshafen berichtet: Die Arbeiter, die an dem Unglücksmorgen an der Explosionsstelle arbeiteten, sind nicht mehr. Wer mit den Arbeitern über das Unglück spricht, wird von ihnen folgendes zu hören bekommen:

In dem Silo, der auch im der Rundgebung der Direktion des Werkes als Explosionsherd bezeichnet wird, hatten die dort lagernden 4000 Tonnen Ammoniumsulfat sich — wohl infolge längerer Lagerung — verätzt, daß zuerst prohiert wurde, mit Wasser die Masse zu zerleinern. Nun sollen seit einiger Zeit — selbstverständlich nur nach Anweisung der Leitung — diese festen Massen des Salzes durch Sprengungen zerleinert worden sein.

Die Frage brennt auf den Lippen: Kann nicht mehr als bisher geschieht, um derartige Katastrophen zu verhüten? Es muß gefordert werden, daß die explosiven Stoffe in möglichst großer Entfernung von den Arbeitsräumen und von menschlichen Wohnungen lagern. Es müssen die Bestimmungen über Unfallverhütung so gefast werden, daß derartige gefährliche Fabriken mindestens zwei oder mehr Kilometer von Wohnhäusern entfernt sind. Daß eine strenge Untersuchung über die Ursachen stattfinden muß, ist selbstverständlich.

Ein Aufruf zugunsten der Opfer von Oppau.

Berlin, 25. September.

Der Reichspräsident, der Reichskanzler, der bayerische Ministerpräsident, des badische und der hessische Staatspräsident und der Präsident des Reichstags veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf zugunsten der Opfer von Oppau, der in die Bitte ausklingt: „Geht rasch und gebt reichlich für die Opfer des Oppauer Unfalls!“

Gewerterfassung und Reichswirtschaftsrat.

Der Reparationsauschuh des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hatte zur Beratung des Antrages Wiffel (Heranziehung der Goldwerte für Reparation) einen neungliedrigen Arbeitsauschuh eingesetzt. Dieser hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Angebot der Industrie beschäftigt, dem Reiche durch Inanspruchnahme eines langfristigen Kollektivkredits die Mittel zur Erfüllung der auswärtigen Verpflichtungen für die nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen.

Die Vertreter der nichtindustriellen Berufsstände innerhalb des Ausschusses gaben der Überzeugung Ausdruck, daß in Trägern der Kreditaktion außer der Industrie auch die übrigen Gewerbe, insbesondere die Landwirtschaft, das Bankwesen, der Handel und der Hausbesitz herangezogen werden müssen. Es

wurde auf Anregung des Ausschusses ein Plan zu einer Kreditorganisation von dem Referenten Dr. Hagenburg ausgearbeitet, der in erster Lesung vom Ausschuss gutgeheißen wurde. Der Entwurf sieht eine Zusammenfassung der Gewerbe und der Land- und Forstwirtschaft in einer Abgliederung an die Berufsgenossenschaften vor. Als Kreditgrundlage ist die Haftung der einzelnen Mitglieder gegenüber der gesamten Organisation gedacht. Die Haftung ist auf bestimmte Summen für jedes einzelne Mitglied beschränkt, steht aber in gewissen Grenzen eine Haftung jedes Mitgliedes für den Ausfall innerhalb dieser Gruppe vor. Die Mitglieder sind berechtigt, diejenigen Beträge, die sie für die Amortisation, Zinsen und Kosten aufwenden, von einem bestimmten Zeitpunkt ab mit dem Reiche auf bestimmte Steuern zu verrechnen. Innerhalb des Ausschusses bestand Uebereinstimmung darüber, daß die Kreditbeschaffungsaktion der Gewerbe für die äußeren Reparationszwecke die Durchführung der Besteuerungsmaßnahme in der Form, wie sie der Reparationsausschuss beschloß, nicht verliert. Es wird in der nächsten Woche eine zweite Lesung des Organisationsentwurfs innerhalb des Arbeitsausschusses stattfinden.

erweihen gewinkt, aber es ist nun einmal nicht anders und wir müssen uns trösten, immer wird es ja nicht so sein. Es ist doch schrecklich, wenn jemand arbeitslos ist. Meine Lisa Wadenstrümpfe sind jetzt hin, den eine Kuh hat mir beim Baden einen Strumpf gefressen und war dabei meinen Schuh zu fressen. Wir sind ganz nackt forgerannt, weil die Kuh beißen wollte, da haben wir eine Frau gesehen, die hat die Kuh vertrieben. Wir haben alles gerettet, nur einen Strumpf und einen Schürzenfalten nicht. . . .

Kein Wunder, daß die Kinder vielfach ein mittelbares Bindeglied zwischen den alten und neuen Eltern, zwischen Menschen verschiedener Nationen wurden. Wie ein Symbol klingt es, wenn ein norwegischer Arbeiter einem deutschen, dessen Kind er pflegt, im Briefe das kameradschaftliche Du anbietet, eben weil sie trotz verschiedener Nationalität doch „Arbeiter und Kameraden“ sind.

Vielfach nistete sich die Anhänglichkeit der Kinder so ein, daß der Abschied schwer fiel, obwohl manche Pfiegeeltern ein nicht geringes Opfer brachten. Das „Wiedersehen“, das man beim Abschied sich zurief, war stets wörtlich gemeint.

So bilden diese Kinder deutscher Not vielleicht ein Stück Hoffnung an der Wende dieser unglücklichen Zeit. Ausgeschickt zur eigenen Rettung, bringen sie etwas zurück, was in Vereinstimmung und Niederbruch unschätzbar ist: Sympathie und Glaube an Deutschland! Darüber hinaus einen pädagogischen Gewinn: Sie tragen mehr als eine Heimat im Herzen, denn ihre zweite Heimat ist die Welt geworden. Sie entdecken Neuland in Menschen und sehen, daß das Gute und Schöne nicht an das Vaterland gebunden ist. Es wird ihnen auch so klar, wie manchem anderen der jetzigen Generation, warum man, dem Blute gehorchend, das Land seiner Muttersprache wie seine Mutter lieben muß.

Volkswirtschaft.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Zur Steuerdebatte. — Der Vorschlag der Industrie in der Steuerfrage. — Der englische Außenhandel, Einkaufsvereinigung amerikanischer Warenhäuser. — Das Zuckergeschäft. — Steigende Preise der Baumwolle.

Seit Wochen befinden wir uns in einer Steuerdebatte, die beherrscht wird von der Forderung, den Besitz mehr zu den Leistungen heranzuziehen. Das Steuerprogramm, das die Regierung vorgelegt hat, sieht ein starkes Hinausschrauben der indirekten Abgaben vor und demgegenüber recht ungleiche Belastung des Besitzes. Die sozialdemokratische Partei hat in der Steuerfrage keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie der Meinung ist, daß auf dem bisherigen Wege der Schaffung neuer und der Erhöhung alter Steuern unsere Finanzverhältnisse nicht in Ordnung gebracht werden. Deren Ordnung aber ist die Voraussetzung für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung und für die Festigung der inneren politischen Lage. Die Partei hat sich deshalb stark engagiert für die Vorschläge zu einem direkteren Zugriff in den Besitz, um aus den dem Staat übertragenen Werten Mittel flüssig zu machen, die die Möglichkeit bieten, uns aus der elenden Finanzklemme herauszuhelfen. Kurz dargelegt gehen diese Absichten darauf hinaus, einen Anteil zu gewinnen am Grundbesitz und an der Industrie. Der Zweck dieser Beteiligung soll sein, sich am Gewinn der kapitalistischen Unternehmungen einen Anspruch zu sichern, wie er in der Besteuerung nicht so einwandfrei erfaßt werden konnte. Gegen diesen Vorschlag ist in kapitalistischen Interessentkreisen ein Sturm der Entrüstung ausgebrochen, man sprach von einer Konfiszierung des Vermögens und von einer Sozialisierung, und die Landwirtschaft und die Industrie setzten sich dagegen sehr energigisch zur Wehr. Mittlerweile ist unsere Finanzlage immer trostloser geworden. Der sinkende Wert unserer Zahlungsmittel läßt eine Möglichkeit, auf dem bisher beschrittenen Wege der Steuererhebung zur Ordnung zu kommen, immer aussichtsloser erscheinen, so daß die Idee, in die privaten Besitzwerte einzugreifen, immer mehr Anhänger gefunden hat. Dazu kommt der durch die sozialistischen Parteien im Parlament ausgeübte Einfluß der Arbeiterklasse.

Als eine Konzession an unsere Forderung wird es nun betrachtet, daß sich der Reichsverband der deutschen Industrie in einer Besprechung mit dem Reichsminister bereit erklärt hat, der Regierung in größerem Umfange ausländische Zahlungsmittel, die insbesondere zur Erledigung der Reparationsleistungen verwendet werden sollen, zur Verfügung zu stellen. Der Aufbringung der Mittel sollen die Kredite privater Unternehmungen dienstbar gemacht werden. Das Anerbieten hat für den ersten Augenblick etwas Befriedigendes, entfernt sich aber weit von dem Vorschlag, in die Besitzverhältnisse direkt einzugreifen. Die Industrie bietet der Regierung eine besondere Zuwendung an, jedoch will man diese Leistungen für die Folgezeit angerechnet haben auf die Besteuerungen. Sieht man ganz davon ab, welche Schwierigkeiten sich bei der Verwirklichung des Planes herausstellen werden, so ergibt sich für uns, daß die Industrie sich mit diesem Anerbieten loskaufen will von einer staatlichen Beteiligung an ihrem Gewinn und der Herausgabe irgend welcher Besitzgüter.

Das sind von unserem Standpunkt aus zwei sehr bedeutsame Unterschiede gegenüber unsern Forderungen, die uns diesen Plan nicht empfehlenswert erscheinen lassen. Grundsätzlich müssen wir verlangen, durch den Besitzanteil des Reiches eine sichere Grundlage zu finden für die steuerliche Belastung des Besitzes, und nicht minder bedeutsam ist, daß wir bei dem Riesenanwachsen der kapitalistischen Unternehmungen durch die Beteiligung des Reiches an ihnen einen gewissen Einfluß auf sie ausüben können. Davon ist bei dem Plan der Industriellen nicht mehr die Rede, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie eine gewisse Sicherheit verlangen gegen eine weitere Besteuerung des Besitzes.

Von Bedeutung wird die Höhe der zur Verfügung zu stellenden Summe sein. Es wurde von zwei Milliarden Dollar gesprochen. Mit einem solchen Betrage ließ sich zur Erledigung unserer Reparationspflichten für das nächste Jahr schon etwas anfangen. Im Wert gemindert würde das Anerbieten, wenn das Angebot unter diesem Betrage bliebe. Der augenblickliche Vorteil soll nicht verkannt werden, der der Finanzverwaltung geboten wird, weil bei einem so hohen Betrag in ausländischer Währung die Beschaffung der Devisen nicht mehr die alte große Sorge bereiten würde und eine günstige Rückwirkung auf den Devisenmarkt unzweifelhaft eintreten müßte. Indessen für die sozialdemokratische Partei liegt kein Anlaß vor, grundsätzlich von ihrer Auffassung abzugehen, daß durch die Beteiligung des Staates am Besitz die dingliche Sicherheit geschaffen wird, ausländische Kredite durch die deutsche Finanzverwaltung zu erlangen. Das ist die Grundlage, auf der die Gründung unserer Finanzwirtschaft aufgebaut werden kann. Sie allein bietet Sicherheit dagegen, am Ende doch nur wieder eine Teilzahlung unserer finanziellen Schwierigkeiten zu erlangen.

Die Konzentration des Kapitals in großen Unternehmungen macht in allen Industriestaaten gewaltige Fortschritte. Wie berichtet wird, haben sich 26 große amerikanische Warenhäuser zusammengeschlossen, um einen gemeinsamen Einkauf im Ausland herbeizuführen. Sie haben bereits Einkaufshäuser in London und Paris und sind nun dazu übergegangen, auch in Berlin eine gleiche Einrichtung zu treffen. Es handelt sich um Geschäftsunternehmen, die einen Jahresumsatz von 250—300 Millionen Dollar haben, mithin als Käufer auf dem hiesigen Markt von großer Bedeutung sind. Bei dieser Organisation zeigt sich zugleich, wie die Tendenz dahin geht, den Großhandel zurückzudrängen, eine Beobachtung, die wir auch in den deutschen Konzernern machen können, die immer mehr, trotz aller Klagen und Beschwerden, den Großhandel ausschalten und direkte Verbindung mit den Abnehmern suchen. Kommen wir zu einer Erhöhung der Einkommensteuer, woran nicht zu

zweifeln ist, so wird diese Entwicklung weitere Fortschritte machen. Man schaltet die Zwischenhändler des Handels aus; volkswirtschaftlich ein Vorgang, der nur zu begrüßen ist, aber es wächt die Macht der Großunternehmungen.

Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers hat zur Folge gehabt, daß sich die Raffinerien und Rohzuckerfabriken zusammengeschlossen haben, um durch eine Syndikatsbildung ihre Interessen zu verteidigen. Die Zunahme der Zuckerverzeugung wird in diesem Jahre auf 5 Millionen Zentner berechnet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei dem sehr hohen Preis für Zucker der Inlandskonsum stark gedrückt wird und bereits in diesem Jahre Mengen zur Ausfuhr kommen. Man nimmt an, daß im nächsten Jahre unter der vollständig freien Wirtschaft die Produktion sich so geben wird, daß man bestimmt mit einer Ausfuhr rechnen kann.

Die allgemeine Krise auf dem Weltmarkt ist in der englischen Handelsstatistik für den Monat August deutlich zu erkennen. Die Ausfuhr bezifferte sich in diesem Monat auf 51 Millionen Pfund Sterling. Sie bedeutet im Vergleich mit dem gleichen Monat des Vorjahres einen Rückgang von 63 Millionen Pfund Sterling. Die Einfuhr ist bei demselben Vergleich um 65 Millionen Pfund Sterling zurückgegangen und erreichte insgesamt 88 Millionen Pfund Sterling im August d. J. Allerdings ist beim Vergleich dieser Zahlen zu beachten, daß die Preise für alle Waren stark zurückgegangen sind.

Im Markt für Baumwolle, der bis vor einigen Monaten unter einem sehr starken Preisdruck stand, ist nunmehr eine Wendung eingetreten. Nach den Berichten des amerikanischen Ackerbaudepartementes ist in diesem Jahre der Anbau von Baumwolle auf die Hälfte herabgegangen und der Gesamtanbau um 48 v. H. hinter der Ernte von 1920 zurückgeblieben. Die Preise für Baumwolle sind infolgedessen in New York von 13 Cents pro Kilo bereits auf 18 Cents gestiegen und man rechnet mit einer weiteren Aufwärtsbewegung bis zu 25 Cents. Da aus der vorjährigen Ernte noch eine unterkaufte Menge von 100 Millionen Ballen Baumwolle zur Verfügung steht, so wird diese Preisänderung allein für die alten Bestände einen Aufschlag von 250 Millionen Dollar zur Folge haben. Eingerechnet mit der vorhandenen Ernte ergibt sich ein höherer Erlös in diesem Jahre als die sehr reichliche Ernte im vorigen Jahre einbrachte. Für die Interessenten des Baumwollanbaus steigender Gewinn, für die Verbraucher die üble Aussicht, daß alle Baumwollwaren verteuert werden. An der Bremer Baumwollbörse waren die Preise im März für das Kilo Rohbaumwolle auf 18,75 Mk. gesunken; heute ist man bereits wieder auf 49,20 Mk. hinaufgeklommen. Eine Preissteigerung im Ausland setzt sich bei uns in den Betrag um, der durch den sinkenden Wert der Mark in Berechnung kommt, deshalb die größere Differenz zu den Auslandsnotierungen. Das Beispiel zeigt zugleich, wie abhängig wir in der Preisentwicklung des Inlandsmarktes von der Gestaltung unserer Devisen sind und wie wenig die Anlehnung an die Weltmarktpreise für unsere Innenwirtschaft vom Vorteil war.

Devisen-Kurse.

Berlin, 25. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	24. Sept.	23. Sept.
Amsterdam	100 fl.	3458.50
Bilssel (Antwerpen)	100 Frs.	769.20
Kristiania	100 Kr.	1876.10
Kopenhagen	100 Kr.	1933.05
Stockholm	100 Kr.	2372.60
Helsingfors	100 finn. Mk.	162.80
Rom	100 Lire	449.05
London	1 £	406.55
New York	1 Doll.	108.76 1/2
Paris	100 Frs.	766.70
Zürich	100 Frs.	1878.10
Madrid	100 Pesetas	1408.55
Wien	100 K.	8.98
Budapest	100 K.	16.43
Prag	100 K.	122.10

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 24. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage
D.	S.	Genay	Thielen	Frederikshund	4
D.	S.	Stralund	Die	Hamburg	1
D.	S.	Travenünde	Daase	Rendsburg	1
D.	S.	Nora	Jeub	Hamburg	4 1/2
D.	S.	Katregatt	Lund	Frederikshaven	3 1/2
D.	S.	Marie Carlens	Ruß	Frederica	4
D.	S.	Rugland	Geißelbrecht	Åsban	5
D.	S.	Kurt	Gardig	Jacobflov	3 1/2

Angelommen am 25. September 1921.

D.	S.	Najaden	Börnsen	Kopenhagen	16
D.	S.	Marita	Sermann	Kotka	14
D.	S.	Nicola	Daborg	Stockholm	2
D.	S.	Emanuel	Altman	Hernöland	2
D.	S.	Zibonta	Gustafsen	Landstrona	1

Angelommen am 26. September 1921.

D.	S.	Albertos	Lührs	Kooge	3
D.	S.	Helgoland	Brintmann	Raslo	3 1/2
D.	S.	Bregel	Brueste	Albo	6
D.	S.	Lyra	Rundström	Wasa	5 1/2

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton: Dr. Hermann Bauer; für Feuilleton Lübeck und den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Menck & Co., sämtlich in Lübeck.

Deutsche Kinder in Skandinavien.

Julius Perfaß gibt im neuesten Heft der „Glocke“ einen anschaulichen Bericht über den praktischen und idealen Wert des Ferienaufenthalts der deutschen Kinder in Skandinavien. Aus dem außerordentlich lesenswerten Artikel entnehmen wir folgende Stellen: „Der Segen dieses Hilfswortes läßt sich heute in seinen vollen Wirkungen kaum erfassen. Einen kleinen Einblick aber lassen uns die Briefe tun, die, aus 25 000 ausgewählt, Walter Georgi in dem verdienstvollen Verlage Eugen Diederichs in Jena in einem Bande veröffentlicht hat: Briefe deutscher Ferienkinder aus Skandinavien.“

Befrähnden sich diese Zeichen eines einzigartigen herrlichen Unternehmens auch nur auf Skandinavien einschließlich Finnland und vermögen die Auszüge aus den 25 000 Briefen auch nur ein stark verkleinertes Bild zu geben, so genügt es doch, einen Blick in ein Stück Geschehen zu werfen, den wir nicht ohne Rührung und Dankbarkeit abenden können. Was uns zunächst aus dem selten schönen Buche entgegenleuchtet, ist die gute alte Erkenntnis, daß die Liebe alles, auch das kleinste Menschenwerk mit der Krone der Unvergänglichkeit schmückt. Wie viel an kleinem Wohlsein durch ein gutes Essen, ein sanftes Bett, ein wenig Ruhe, vorübergehende Sorglosigkeit und Heiterkeit, an kleinen Ueberraschungen und Liebesworten ging an den Tausenden von Kindern in Gegenliebe, als Saat für edle Menschlichkeit auf! Junge Menschenkinder, aufgeschossen im Schatten düsteren Mangels, der Verzerrung, oft genug den Erschütterungen täglicher Kriegstragik und -verrohung ausgelegt, sehen die Welt plötzlich im neuen ungeahnten Licht, im Glanze von Fröhlichkeit und Fülle und Menschen in der Freude ihrer täglichen Arbeit. Ein Wunder, eine Mädchenüberrraschung tut sich vor ihnen auf. Nach kurzer Zeit flieht Heimweh, und das Neue wird für sie zum Selbstverständlichen, zum Gültigen, zur Anforderung. Die Heimat mit ihrer drohenden Not, ihren unerquicklichen Bedingtheiten erscheint ihnen, die endlich Kinderland gefunden, trauriges Müßiggang. Nicht selten erklingt der Ruf an die Eltern: Rettet Euch in dieses Land, in dem es so viele gute Menschen und keine Not gibt!

Traurig ein Land, das seinen Kindern nur Not bieten kann. . . .

Es ist nicht ohne Tragik für uns, diese Briefstellen zu lesen: „Hier bekommen Ragen und Hunde besseres Essen als wir in Deutschland.“

Ein Zwölfjähriger schreibt: Ich habe soviel Geld hier verdient, daß ich Dir etwas heischen kann. Jetzt sehe ich erst, wie schlecht es mit Deutschland steht, dazu muß man im Ausland sein. Ich habe mir ausgedacht, was ich vielleicht machen will, nämlich die Mitte der Sahara mit einem Flugzeug erbeden, und dann will ich dem Vaterlande helfen.“

So sehr sich an diesen wenigen Zeilen der deutsche Notstand wie an einem Barometer ablesen läßt, so gibt doch die Frische, die Lust am Zugreifen, die aus diesen Worten und auch zahlreichen anderen Briefen spricht, dem Optimisten recht, der sagt: Es ist ein Kern in unserer Jugend trotz allem Kriegseinfluß, der uns an die bessere Zukunft unseres Volkes glauben heißt. Beweist hierfür treten die Briefe auch sonst in mancher Beziehung an. Einmal durch die Tatsache, daß man vom Anfang bis zum Ende der Briefe so dankbare und für das Gute empfindliche Kinder kennen lernt, die auch meistens sogleich sich einen Platz in den Herzen ihrer Pfleger eroberten und nicht lediglich aus Mitleid Sympathien fanden. Man kann ruhig sagen, daß die Hilfsbereitschaft meist in Liebe und vielfältige Beschäftigung umsetzte, die materielle Millionenwerte umfaßt und einen idealen Wohltatengewinn darstellt, der nicht nach Zinsenmaß berechnet werden kann. Vielleicht wird aus dieser Generation, die sich an fremder Liebe aus Jammer und Harm zur Freude und Dankbarkeit emporranke, etwas vom besten Geist der Menschheit zur Entfaltung und Erhebung deutschen Charakters ausgehen. Und wenn solche Jugend auch nur den Gärstoff bildet, ist sie schon eine Hoffnung.

Aber noch eine Weiteres berechtigt zur Hoffnungsfreudigkeit gegenüber dieser Jugend. Und das ist ihre Munterkeit, Aufgewandtheit, ihre frische Empfänglichkeit, mit der sie das Erlebnis ihres Ferienaufenthalts im fremden Lande aufnehmen. Wie leicht sind Menschen geneigt, die Großstadtjugend nach engherzigem Moralistenurteil zu kennzeichnen: frühreif, frech, ungezogen, vernachlässigt und vorlaut. Wenn es einer Ehrenrettung der gewählten Großstadtjugend bedürft hätte, in den Briefen wäre sie reichlich enthalten. Beim Lesen erkennt man sofort den wachen Sinn und die ganz eigenmächtige Gestaltungskraft, oft mit einem Strich ins Komische. Aber die Dinge sind da, um sie zu meistern. Es ist meist Frische, wo man Frechheit, schnelles kindliches Urteil, wo man Frühreife oder Vorlaute vermutet. Einzelne Erlebnisbeschreibungen atmen eine Ursprünglichkeit und Ausdrucksfähigkeit, die den subalternen Schulaussatz glücklicherweise hinter sich lassen. In vielen Fällen prangt aber das Erlebnis in ein paar frisch hingeworfenen Sätzen, und man denkt förmlich an die sich wohlig sonnende Kage, wenn man diese Sätze eines 8½-jährigen Jungen liest:

„Liebe Mutter, mir get es gut und fri schulaube und fri bombong und fri kete und ich kann mit die Kage spielen und wen man ein fri papier hin schmeißt, den spielt sie und nach das fri papier da rennt sie.“

Eine Reisebeschreibung sieht so aus: „Auf der Fahrt haben ich sehr gefroren, wir mußten sehr lange auf das Schiff warten im Regen. Die Seekrankheit ist fürchtbar, von 600 Kindern sind 580 seekrank geworden, sie haben alle hingebrochen wo sie standen, der arme Schiffsaubermacher. . . .“

Wem geht nicht das Herz auf, wenn er diesen tragikomischen Erguß eines 11-jährigen Mädchens liest:

„Nur eins betrübt mich, und zwar, daß Vater noch keine Arbeit hat, deshalb habe ich gestern Abend in Bett zum Stein-

Donnerstag abend 10 Uhr entschließ ich mich nach langem Geben, mein lieber Mann, unser guter Vater (6914)

Fritz Roxin
im Alter von 46 Jahren.
In tiefer Trauer
Marie Roxin
geb. Röh
und Kinder,
Waiskinger Allee 59 a.
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 27. September, nachm. 4 Uhr, in der Vorwerker Friedhofskapelle statt.

Sucht Arbeiterinnen
gesucht (6921)
Paul Lohrmann,
Gundestraße 95.

1 guterh. Kinderwagen z. vt. (6917) Kl. Bauhof 8, part.

Ein sehr gut erhält. graues Kostüm billig zu verk. (6906) Fadenburger Allee 1a.

2 B. D. Stief. 40, u. 2 D. Belouche z. verk. (6907) Heinrichstr. 18.

Ges. Fahrrad m. o. ob. Gum. Ang. u. P. 8 an die Exp. (6910)

Fr. Frau wäscht Haushaltswäsche, Burgf., Baracke 26/48 (6909)

Entlaufen j. Hündin, dunkelgrau, weiße Pfoten u. weiß. Brustfleck. (6912) Wg. Kl. Niesau 14.

Durch meine Mitteilung v. 19. wird ein Tralau, Eiswicht. n. betroffen. (6911) Kräger, Eiswicht.

Zahnarzt Dr. Hegewisch
zurück. (6915)

Die Abreibung
der Leibesstrich
von Univ.-Professoren
A. Bröcher u. G. Rothbrach
Wichtig
für Eheleute, Ärzte
und Hebammen!
Preis M. 2.-

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Die neuen
Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Ullstein-Schnittmuster im HOLSTENHAUS



M 382



Ullstein-Schnittmuster

Damen-Mantel = M 382
geschneidert für 246.- Mk.
Ullstein-Schnitt M 382..... 4.—
Reinwoll. Flausch 3 Mtr. a 75.— 225.—
Knöpfe..... 1/2 Dutzend 6.25
Auslagen..... 10.75
246.—

Kleid = K 1450
geschneidert für 200.- Mk.
Ullstein-Schnitt K 1450... 4.—
Reinwoll. Cheviot 3 Mtr. a 54.— 162.—
25 Mtr. Seidentresse a 95.9. 23.75
Auslagen..... 10.25
200.—



K 1450

**Kleider- und Mantelstoffe,
Kurzwaren und Schneiderei-Zutaten,
Besätze, Spitzen und Stickereien**
in anerkannt guten Qualitäten besonders billig.

HOLSTENHAUS

Lübeck.

Wir suchen für unsern Mittagstisch eine
Frau. Zu melden von 10 bis 12 Uhr.
Zentrale für private Fürsorge,
(6920) Königstraße 19.

Billig! (6916) **Billig!**
Extra grosse schneeweiße
Kronenkerzen
solange Vorrat, per Stk. 1.80 M.
Ferd. Kayser, Breite Str. 81.

Echte
Waltharius Hienfong-Essenz
(6918) 12 Fl. 25 Mk., 25 Fl. 60 Mk. In Apoth., Droger.,
Kaufh. v. Laboratorium E. Werber, Heilbronn S. 190

Schwarz-rot-goldene
Gleifen
und **Fahnen**
aller Art liefert zu Fabrikpreisen
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.



Alle Achtung
sagt jedermann
vor dem mit **Lavalin**
geputzten hochglänzenden Schuhwerk.
Überall zu haben.
Opa Erik Gehr Meyer, Lübeck, 20/21

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**
Telephon 792. Mollkestraße 1. (6908)

Visitenkarten

Zentralhallen
Morgen Dienstag: (6919)
Gr. Tanzkränzchen.

Volksbund für Kantische Weltanschauung.
Donnerstag, 29. September, in Lübeck,
Johannum, Vortrag von Oberlehrer **Biernatzki:**
7 1/2 Uhr, **Die Geheimlehre der Inder**
von der Unsterblichkeit der Seele (6926)
Am Flügel: Fräulein Käthe Bode aus Hamburg.
Karten 3.—, Schüler 2 Mk., Vorverk. Buchh. Quitzow,
Breite Straße, sowie Abendkasse, soweit verfügbar.

Nordische Woche.
Durch die tatkräftige Mitwirkung weitester Kreise ist die Nordische Woche zu einem vollen Erfolg gediehen. Es ist nicht möglich, jedem Einzelnen für seine Mitarbeit gebührend zu danken. Wir sprechen daher auf diesem Wege allen denen, die durch ihre Mitwirkung zum Gelingen des Wertes beigetragen haben, unsern herzlichsten Dank aus.
Wir verbinden damit die Bitte, auch fernhin den mit der Nordischen Woche verfolgten Bestrebungen Interesse und tatkräftige Unterstützung zu gewähren.
Das Bräutigam der Nordischen Woche
(6927) gez. Dr. Kalkbrenner.

3 gute 6-Gehradler mit
Freit. u. Rücktritt v. 450 Mk. an
Werner, Fahrradhandl.,
Schönfelderstraße 4.
(6924)

Unsere Kontorräume
befinden sich ab Montag,
dem 26. d. Mt.,
Dankwartstraße 57/59.
Burmeister & Ahlers,
Expedition, Möbeltransport,
Lagerhäuser. (6908)

Abfallmehl
aus der Braterei, als
Hühner- oder Schweinefutter
hat abgegeben. (6922)
Paul Lohrmann
Zu melden:
Wakenitzmauer 172.

Waggon Tafeläpfel
Untertrabe, Drehbrücke /
Verkauf morgen Dienstag
Wfd. 1.40 Mt. an. (6918)

**Gebt Obdach den
Wohnungslosen!**
Zwei Vorschläge
zur Gewinnung der Mittel
zum Wohnungsbau
von Rechtsanwält
Hermann Brehmer, Lübeck,
und
Dr. Ludwig Joppel, Kiel.
Preis 20 Mt.
Eine Nachschrift:
75 Prozent Aufschlag zum
Mietspreis sind rechts-
ungültig!
Zu haben: (18006)
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46
und allen anderen Buch-
handlungen.

Hausstandslumpen,
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten
Zagepreisen (6900)
Cohn,
Fadenburger Allee 58, Keller.

**Neues
Volksliederbuch**
mit Anleitung zur
Lautenbegleitung.
Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

**HANSA-
THEATER**
abends 7 1/2 Uhr:
Nur noch 3 Aufführungen
Montag, Dienstag, Mittwoch
„Wenn Liebe erwacht“
Donnerstag, den 29. Sept.
Die Kinokönigin.
Operette in 8 Akten
von Gilbert. (6918)

Stadttheater Lübeck.
Montag, 26. Sept. 7.30 Uhr.
4. Volkst. Konzert im
Stadttheater.
Dienstag, 27. Sept. 7 Uhr.
Wallensteins Tod. 2. Fl.
7. Ab.-Vorst. Buchst. C.
Mittwoch, 28. Sept. 7.30 Uhr
Der Maskenball.
7. Ab.-Vorst. Buchst. C.
Kammerspiele des Stadttheaters,
Fünfhäusen 17/19.
Mittwoch, 28. Sept. 7.30 Uhr
Der Sohn. (6905)
Konzert-Abonnement.
Für die Sinfonie-Konzerte
nebst Hauptproben sind noch
wenige Abonnements zu
vergeben.
1. Konzert: 9./10. Oktober.
Eolif. Collif. Pomerantz

Freistaat Lübeck.

Montag, 26. September.

Zur Bürgerschaftswahl.

Noch trennen uns 7 Wochen von der Bürgerschaftswahl, und schon heute werden von dem noblen Bürgertum die unglaublichen und tödlichen Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Der Zweck dieses wüsten Vorgehens ist leicht zu erkennen; die Spießer sollten einmal wieder vor den bösen Sozials Angst bekommen und sich unter den Fittichen des Bürgerblods zusammenfinden.

Vollständig ist der Bloß nun doch nicht. Der Neue Haus- und Grundbesitzerverein geht bekanntlich mit eigenen Kandidaten vor. Der Kampf der Hausbesitzer richtet sich aber nicht gegen die bürgerlichen Parteien, sondern ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. In dieser Hinsicht wollen sie keineswegs gegen den bürgerlichen Mischmasch zurückstehen. Das beweist ein Flugblatt des Neuen Haus- und Grundbesitzervereins, welches die Unterschrift trägt: „Zur Aufklärung!“ Wie die „Aufklärung“ betrieben wird, mögen unsere Leser aus folgendem ersehen. Das Flugblatt beginnt so: „Am 18. November fallen die Würfeln über die neue politische Zusammenlegung unseres Stadtparlamentes; damit gleichzeitig auch über das Geschick unseres Standes und seiner Existenz! Wird die Mehrheit nicht gebrochen, dann ist der Untergang des Hausbesitzes und damit auch des Mittel- und Kleinstandwerks besiegelt.“ So die Hausbesitzer. Aber der Bürgerbloß kann es doch noch besser. Der „Medienbürgerlichen Zeitung“ in Schwerin wird aus Lübeck u. a. geschrieben: „Es ist zum ersten Male eine einmütige Front von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten gegen die Sozialdemokratie geschaffen worden. Das Wahlbündnis sichert den bürgerlichen Parteien die Majorität in der Bürgerschaftskorporation. Beigetragen zu dem Zusammenschluß haben auch die fortgesetzten Drohungen der Lübecker Sozialistenpresse, daß die Sozialdemokratie bei einem abermaligen Siege dem Bürgertum ihre Macht endlich zeigen würde; das Bürgertum müsse ausgerottet werden.“

Da haben wir es also: Die bösen Sozials werden das Bürgertum mit Haut und Haaren verschlingen. Welcher Spießer sollte da nicht ängstlich werden? Wir Sozialdemokraten haben gegen diese Art der Aufklärung nichts einzuwenden. Nur weiter so, und auch der Einfältigste wird den offenen Schwindel und den puren Unföhl erkennen. Es ist aber doch weit gekommen und zeugt von einem geistigen Tiefstand herabgelassen, wenn das Bürgertum im Wahlkampf zu solchen Mitteln greift.

Zum Schluß sei noch bemerkt, was das „Hamburger Echo“ über den Mandatswechsler der bürgerlichen Parteien Lübecks schreibt: „Die Rechnung ist jedenfalls ohne den Wirt, das heißt ohne die Wählerkraft gemacht, die hoffentlich am 18. November einen klaren Strich zieht und eine sozialdemokratische Mehrheit schafft. Aber ein unglaubliches Stück nach den Vorgängen der letzten Zeit ist doch das Zusammengehen der Demokraten mit den Deutschnationalen unter Führung derselben Stresemannpartei, die sich im Reich den Anschein gibt, als wolle sie im Gegensatz zu den Deutschnationalen in eine Arbeitsgemeinschaft der Mittelparteien eintreten.“ Wir sind überzeugt, die Lübecker Wählerkraft wird am 18. November den Herrschaften schon die richtige Antwort geben.

Der übergangene Bürgerbund. Die Fraktion Coleman beklagt sich im „General-Anzeiger“, daß sie bei den Verhandlungen zur Schaffung der Einheitsliste gegen die Sozialdemokratie ausgehalten worden ist. Wie konnte man auch die großen Geister und hellen Richter einfach unbeachtet lassen? Nein, so etwas ist doch schrecklich und daher durchaus begreiflich, wenn der Bürgerbund nun schmollt. Er hatte ja von Anfang an die Einigung des Bürgerbundes auf seine Fahne geschrieben, seit Monaten sich breitspurtig an die Öffentlichkeit gedrängt und unvermeidlich für die Wiedererrichtung der Elitewirtschaft gewirkt. Undank ist der Welt Lohn. Der Bürgerbund hat nun in einem Schreiben an die Vorstände der politischen Parteien seinem Vorgesetzten über das ihm widerfahrte Unrecht Luft gemacht. Er fordert, daß er in seiner Eigenschaft als Vertretung der nicht

politisch interessierten Bürgerschaft Lübecks als gleichberechtigter Faktor bei Aufstellung der Einheitsliste hinzugezogen wird.“ Es wird auch gesagt, daß, wenn die Parteien nicht noch in letzter Stunde das Verlangen des Bürgerbundes erfüllen, die nichtsozialistische Einheitsfront gefährdet ist. — Wir sind der Meinung: nachdem der Bürgerbloß in einem Aufruf Kandidaten gesucht und alle Organisationen aufgefordert hat, ihre Wünsche betreffs Vertretung im Parlament den einzelnen Parteien zu unterbreiten, konnte die Fraktion Coleman sich beschließen. Sie will aber nicht das fünfte Rad am Wagen sein, sondern fordert Gleichberechtigung. So kann denn nun der innere Kampf, der Kampf um die Aufstellung der Liste beginnen. Jeder will natürlich an sicherer Stelle stehen. Hoffentlich hält der mühselig geleimte Bloß diese Belastungsprobe aus. Es wäre Jammer schade, wenn er vorzeitig in die Brüche gehen sollte.

Kommunistische Bürgerschaftskandidaten. Die Kommunisten haben, wie die „Hamburger Volkszeitung“ aus Lübeck berichtet, folgende Kandidaten aufgestellt: Karl Roth, Georg Brandt, Lina Grede, Erich Mann, Gyon Michel, Jomar Geiborn, Rudolf Rosenberg, Heinrich Mundt, Heinrich Schmidt, Wilhelm Mellahn, Albin Windisch, Karl Krümmel, Frieda Nau, Wilhelm Kruschinski, Wilhelm Hans, Kurt Adernann, Otto General, Karl Dürkop, Karl Schlanert, Friedrich Schüb, Heinrich Radloff, Paul Barisch, Gustav Blohm, Eduard Barzel, Hermine Schlanert, Johannes Wartmann, Karl Radloff, Karl Lütjke, Margot Maß, Ludwig Silwe, Carl Röhl, Wilhelm Stenbock, Fritz Böttger, Wilhelm Meyer, Johannes Rundi, Richard Gopp, Fritz Wilow, Carl Bohn, Johann Gerken, Paul Wittke.

Freigabe von einigen Brennstoffarten ab 1. Oktober. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat beschlossen, die Brennstoffarten, die zurzeit bereits flüssig sind und von denen zu erwarten ist, daß sie auch flüssig bleiben werden (Kohlenöl, Naphthalin, Gubelöl, Zechen-, Gas- und Leuchtöl sowie die Abfallbrennstoffe aus der Steinkohle, wie z. B. Schlammkohle, Koksruß, Generatorenrückstände, Schlacke, Wascherberge, Mittelprodukte und dergleichen) infolge der Zwangswirtschaft freizugeben, als für sie in Zukunft die Meldepflicht und die Bezugspflicht aufgehoben wird. Für die vorstehend nicht erwähnten Brennstoffe, insbesondere für Steinkohle jeder Art und die daraus hergestellten Brennstoffe, für Braunkohlenbrennstoffe, hayerische Bechthole und böhmische Stein- und Braunkohle bleibt es bei der bisherigen Regelung. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung verzichtet jedoch nicht auf die Rechte, die ihm durch § 2 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar 1917 übertragen worden sind. Er behält sich vielmehr vor, erforderlichenfalls jederzeit auch über die Brennstoffe zu verfügen und sie für bestimmte Zwecke zu beschlagnahmen sowie in verkehrsschwierigen Zeiten Verordnungen erlassen zu lassen. Die Freigabe aus der Melde- und Bezugspflicht für Kohlenöl, Naphthalin, Gubelöl, Zechen-, Gas- und Leuchtöl und die obengenannten Abfallprodukte wird mit Wirkung ab 1. Oktober d. J. erfolgen.

Volkshochschule. Die schöne Jahreszeit geht mit schnellen Schritten ihrem Ende entgegen. Schon dunkel es früh. Damit ist auch für viele, wenigstens jeden ernstlichen Menschen, der Zeitpunkt gekommen, sich die Frage vorzulegen: wie verbringt Du die Winterabende nutzbringend? Den größten Nutzen bringt der Erwerb geistigen Kapitals. Dazu bietet der Besuch der Volkshochschule die beste Gelegenheit, außerdem auch die billigste. Zwar mußten, den Zeitverhältnissen entsprechend, die Hörsgebühren gegen früher erheblich erhöht werden, aber dennoch ist die Volkshochschule immer noch die weitaus billigste Bildungsquelle. Die Volkshochschule hat für diesen Winter ein ausgezeichnetes Programm mit erstklassigen Lehrkräften. Da muß es Wunder nehmen, daß die Beteiligung unserer Bevölkerung an diesen Veranstaltungen bis jetzt so schwach ist. Sollte nur die allgemeine Säumigkeit, die sich um den Meldebeschluß nicht kümmert, daran schuld sein? Oder ist wirklich das Bedürfnis nach geistiger Nahrung in unserem Volke so gering, wie viele behaupten? Befremdend muß es auf jeden Fall, daß Kinos und Tanzsäle jeden Abend voll sind, daß aber die Anmeldungen für die Volkshochschule nur so wenig zahlreich eingingen und der Beginn des Unterrichts im ganzen um eine Woche hinausgeschoben werden mußte. Vielleicht liegt die Ursache dafür aber auch nur darin, daß der Arbeitsplan der Volkshochschule im Publikum so wenig bekannt ist. Um dem abzuhelfen, hat der Verwaltungsausschuß beschloffen, den Restbestand der Unterrichtspläne an solche unentgeltlich abzugeben, die einen Lehrgang zu belegen beabsichtigen.

gen. (Siehe Sonnabend-Anzeige!) Wer den Plan zur Hand nimmt, wird sicher etwas finden, was ihn fesselt. Moge darum diese Woche noch recht rege für die Anmeldungen ausgeht werden!

Lübecker Opferwoche zur Vinderung winterlicher Not. Man schreibt uns: Als im letzten Jahre die „Spende für verfallene Arme“ in unserer Stadt zur Verteilung kommen sollte, hatte man eine Aufforderung erlassen, daß nur die Bedürftigen sich melden sollten, die über 65 Jahre alt waren und weniger als 650 M. (1) Jahreserträge hatten. Daraufhin meldeten sich gegen tausend alte Leute, Männer und Frauen, in unserer Stadt. Wieviel Not und Elend kam dabei zu Tage, als sie erzählten von ihrem Leben und ihren schweren Sorgen! Es waren fast alles Leute, die auf ein Leben fleißiger Arbeit zurückzukehren durften, die aber durch die furchtbare Teuerung in größte Bedrängnis geraten waren. Inzwischen ist die Teuerung noch gestiegen. Diese alten Leute waren aber nicht instande, ihre Einnahmen wesentlich zu erhöhen, wenn auch eine etwas größere Rente einem Teil von ihnen gezahlt wird. Und nicht nur diese Greise und Greistinnen sind es, die in dieser Zeit bittere Not leiden, sondern auch viele alleinstehende Frauen, die keinen bestimmten Beruf haben, Witwen, die für Kinder sorgen müssen, und Familien, die durch Krankheit oder längere Erwerbslosigkeit des Ernährers zurückgekommen sind. Der Winter wird alle diese Not noch viel drückender machen. Um so mehr ist es unsere Pflicht, rechtzeitig vorzuzugreifen, daß durch opferwillige Tede diese Not nach Möglichkeit gemildert wird. Dieser Aufgabe soll die Lübecker Opferwoche (1. bis 10. Oktober) dienen. Möchte sie die Hände und Herzen willig zum Geben machen!

Rechnungslegung über Sammlungen im Jahre 1920. Sonnabend fand unter Vorsitz von Herrn Senator Dimpfer eine Sitzung des Deutschen Schuhbundes, zu welcher die hiesigen Mitglieder geladen waren und zu welcher auch ein Vertreter des Deutschen Schuhbundes von Wismar herübergekommen war, statt, in welcher über die Sammlung, welche im Jahre 1920 stattgefunden hatte, berichtet wurde. Es wurde Rechenschaft geleistet und bezüglich des noch verbleibenden Restes beschlossen, denselben hier für alle Fälle aufzubewahren. Daran anschließend fand eine Sitzung des Ausschusses Lübeck der Grenzspende für Ober Schlesien statt. Das Gesamtergebnis der Sammlung betrug 599 600 M. Der weitaus größte Teil hiervon ist nach Oberschlesien überwiesen, um die dortige große Not zu lindern. Ein geringerer Teil ist hier behalten, um für unvorhergesehene Fälle wenigstens etwas Geld zur Verfügung zu haben und um außerdem gegebenenfalls vertriebene Oberschlesier, die sich hier melden, unterstützen zu können.

Hilfe für die Oppauer Verunglückten. Auf Beschluß des Reichskabinetts ist anlässlich des erschütternden Oppauer Unglücks ein Hilfswerk unter Beteiligung des Reichs, der Länder und maßgebender Persönlichkeiten aus der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerenschaft gebildet worden. Nachdem so das Hilfswerk für die Opfer des Unglücks auf breiter Grundlage bereits eingeleitet worden ist, ist, wie uns aus der Senatskanzlei geschrieben wird, es dringend zu wünschen, daß nicht durch Bildung weiterer Ausschüsse eine Zersplitterung der Unterstützungstätigkeit herbeigeführt wird. Spenden werden schon jetzt auf Postkonten Berlin 117 000 und Frankfurt a. M. 55 000 (Reichshilfsauschuß für Optus-Ludwigshafen) entgegengenommen.

Nordische Gesellschaft in Lübeck. Man schreibt uns: Um den Beziehungen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete, welche mit der Veranstaltung der „Nordischen Woche“ verfolgt wurden und zu einem, wie man wohl sagen kann: vollen Erfolg geführt haben, eine Fortsetzung zu gewährleisten und ihnen einen dauernden Mittelpunkt zu geben, ist die Schaffung einer Nordischen Gesellschaft in Lübeck in die Wege geleitet worden. Zu einer Vertiefung über Aufgaben und Organisation dieser Gesellschaft ist ein engerer Ausschuß gebildet, der in einiger Zeit der Öffentlichkeit weitere Mitteilungen zuführen wird.

Klingerabend des Bezirksbildungsausschusses Mecklenburg-Lübeck. Am 6. Oktober hält Dr. Köppen, Berlin, einen Lichtbildvortrag über Klinger. Der berühmte Meister, der 1857 in Leipzig geboren wurde und in Brüssel, Paris, Berlin und Rom tätig war, bevor er sich 1893 in Leipzig-Blagwitz niederließ, ist einer der vielseitigsten deutschen Künstler. Wir werden von dem Vortragenden an der Hand der vorzüglichsten Lichtbilder in das Schaffen des großen Meisters eingeführt werden. Wir lernen Klinger als Maler, Musiker, Bildhauer, Dichter und Menschen kennen. Wer die im Museum am Dom ausgelegten Werke einmal mit Nachdenken betrachtet hat, wird wohl den Wunsch ver-

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Doch herrschte auf Saphirs Nachtschrank andere Ordnung. Auf der Platte des kalten Marmors lagen Papier, Stifte, Rädchen, Wendel, Platten und Spiralen. Saphir glaubte bemerkt zu haben, daß man die besten Gedanken im Schlaf habe. Er war überzeugt davon, daß ihm die Lösung seiner großen Erfindung einmal im Traum gelingen würde.

Wenn Saphir noch etwas las, zum Uebergang in den Schlummer, waren es Reisebeschreibungen, Berichte aus jenen fernen, farbigen Ländern, wohin zu reisen sich jeder einmal wünscht. Wäre es den meisten nicht zu gefährlich, weit und teuer. Saphir bevorzugte das Buch eines Professors, der mit Kamera und Kamera auf die Tigerjagd gegangen. Rosa Flamingos am tiefblauen Südhimmel, zwischen Dattelpalmen, der Reiter auf hohen Elefantensüßen. Solche Bilder erhoben sich über der wiesengrünen Seidendecke Saphirs.

Es konnte geschehen, daß Saphir aufsprang und barfuß zu Anton ins Zimmer stürzte. Ihn mitten aus den Unglücksfällen der Welt aufschreckend. Anton hatte nicht anders gedacht, als daß die Entdeckung gescheit. Aber Saphir hatte ihm nur versichert wollen, daß er bei ein wenig anderer Erziehung zweifellos ein Tigerjäger geworden.

Anton ließ einen schnellen Blick über die kurze runde Gestalt im Schlafanzug gleiten. Verweilte beim Streifzug seiner Augen auch ein wenig auf den kugelrunden, schlagelohrenen Kopf des Bruders. Dann sagte er: „Erkälte dich nicht!“ Anton verließ die Schlafkammer und ging energisch der Wohnkammer zu. Noch weit von der Schwelle hörte er, daß Saphir den Rehrteim seines Schafeliebes blies. Vom Mai, vom Mai, wo nicht nur wieder Blühte, sondern auch die Rose, Lilie und die Nelke.

Herr Apfels Mund hatte indessen keine Fiste verschlossen. Er hatte davon Nutzen gezogen, und den Rest der Flasche seinen guten Zweck erfüllen lassen. Er war nun so weit, kein eigenes Lied zu singen. Ganz unabhängig von dem Leben flüchten. Er sang einem Kathrindchen zu, wie schön das Leben sei, hat sie zu kosten doch ein Tröpfchen aus seinem Henkelköpfchen. Wer Kathrindchen war, mußte niemand. Jedenfalls war auch Herr Apfel ganz anders demant geworden. Aber er sang

immer dieses Lied, wenn es wieder so weit war, daß die Flasche bis auf den letzten Tropfen geleert.

Rehrteime lassen sich wiederholen bis in die Ewigkeit. Ohne Geistesanstrengung. Wie jeder Unfug. Anton mußte dies. Mit scharfem Anprall ließ er die Hand auf die Klutke fallen und trat ins Zimmer.

Die Ruhestörung verstummte im gleichen Augenblick. Die Fiste, pudelnak, schlüpfte ins Seidentuch, wie in einen Bademantel.

Herr Apfel schaute nur einmal noch leise: „O, Kathrindchen, wie ist das Leben schön.“

Dann erhob er sich: Für diesmal wäre es genug.

Anton widersprach nicht.

Herr Apfel mußte in den Sturm hinaus. Steil hinauf. Sein Haus lag höher als die Burg. Wer Wein baut, muß sich mit der Sonne verhalten. Ueberhaupt die Sonne. Selbst bei Mondschein hatte Herr Apfel Hochachtung vor der Sonne. Ohne Sonne kein Weinbau. Ohne Sonne kein Zeitmaß. Freunde, wir brauchen die Sonne. Ihr braucht sie, ich brauch sie. Mit dieser Versicherung pflegte sich Herr Apfel zu verabschieden.

Er kletterte den Berg hinauf. Immer an der Schloßmauer entlang. Die guten, alten, schlauen Mägen, sie hatten gewußt, daß solche Mauern manchmal ihr Gutes haben.

„Ueberhaupt die Sonne,“ murmelte Herr Apfel. „O, Kathrindchen.“ Dann verstummte er. Ein Licht war ausgeblinzt. Fadelle hin und her. Wie schmale Worte zorniger Frauen. Sag dann wieder still. Sanft den Weg wendend. Süßanne wartete...

IV.

Keine Uhr ohne Sonne. Da hatte Herr Apfel recht. Wenn das Zeitmaß der Rohstoff seines Gewerbes, steht mit den Gestirnen in Geschäftsverbindung. Wohl ihm, wenn er hinter das Geheimnis ihres ewigen, nie gestörten Betriebsverfahrens gelangt. Wenn er herausgefunden, da auch hier die Größe in der Einfachheit liegt. Gegenseitige Anziehungskraft. Aber mit dem nötigen Respektabstand für die eigene Laufbahn. Und unentzerrbare Pünktlichkeit.

Präzis auf den Bruchteil einer Sekunde lagen die Brüder Mögele frühmorgens in der Werkstatt. Jeder an seinem Tisch. Jeder bei seiner Arbeit. Anton den mageren Rücken gegen Osten gelehrt. Saphir das runde Gesicht in der Morgensonne. Genaue Einteilung. Unentzerrbar für sich.

Die Spiralfeder zur „Harube“, immer vibrierend, war Saphirs Teil.

Für die nötigen Hemmungen, die „Schoppements“, sorgte Anton.

Vor Saphir wieder zuckte, neben der kleinen, immer jählingenden Wage, das Geblüthe der Edelsteine, aus triftallner Schale. Rubine und Saphire, die im Uhrwerk die Reibung der Zapfen zu verhüten hatten.

Vor Herrn Anton blinnten an gleicher Stelle, auf flachem Bronzesteller, die Zeiger. Spitz und maßelstein warteten sie darauf, erste und letzte Stunden weisen zu können.

Man arbeitete schweigend. Man überließ das Schwagen den fertigen Werken.

Vor den breiten Fenstern erfüllte der hufeisengeformte Hafen emsige Pflicht. Man hörte das Geschmaß der Dampfer. Ihr Kommen und Gehen und eisriges Unterwegs. Rittengepolter, Rettengeklirr.

Schwien der Hafen, klapperten die Gärtnereihen am Traubenhang. Zu allen Jahreszeiten verlangten die Reben Pflege und Zärtlichkeit. Wie verwöhnte Frauen. Das wußten Mögeles von Herrn Apfel.

Deutschlicher noch ließ die geringste Deffnung der Fenster den Fleiß der nebenliegenden Schule in die Werkstatt strömen. Aus Landkarte, Grammatik, Bibel und Geschichtsbuch marmelte es herüber. Dazwischen freischte hinter dem Schulhof die Sage des Schreiners. Wie ein eierförmiges Huhn kündete sie an, daß ihr Meister alles zu fertigen verstände, was aus einem rechten Baumstamm zu gewinnen wäre. Von der ersten Schlummerstätte bis zur letzten.

So lag Mögeles Werkstatt im Brennpunkt der Arbeit. Emsigkeit ringsum.

In Nord der Dampfer ahnte man dies nicht. Auf glatter Klut vorübergleitend, in Sonnenlicht und Himmelsblau, glaubten junge Frauen, zärtliche Mädchen, daß hier das Leben nur süß verträumt werden könne.

Anton zuckte die Achseln, brachte eine laute Rufe den Ge schwäch durchs geöffnete Fenster.

„So sind sie,“ sagte er. „Müssen sprechen und sprechen.“

Am Abend, sobald Herr Apfel das philosophische Gespräch eingeleitet, wiederholte Herr Anton sich herausgeflattertes Bindgeschwätz. Er sagte dies poetische Beschwären seiner Heimat als Beleidigung auf. Man sprach ihr damit das Herz ab und den Verstand. Denn Arbeit sei der Puls des Lebens und sein Sinn.

Herr Apfel gab Herrn Anton recht. Bei dieser Sorte Wein zu freiten hätte er für Sünde gehalten. Herr Apfel ging in die Küche so selten wie in die Konditorei. Er hielt beide heilig für Frauen gehalten. Aber ein Verdrößer war er doch nicht. (Fortsetzung folgt)

Isnt haben, mehr von diesem eigenartigen Künstler zu sehen. So manche seiner Schöpfungen sind in guten Reproduktionen billig zu haben. Dr. Köppen wird die wertvollen Werke eingehend behandeln. Der Preis für diesen einzig dastehenden Lichtbildervortrag beträgt 2 Mk. im Vorverkauf. Karten sind im Gewerkschaftshaus und bei Fr. Meyer & Co., Johannisstraße, zu haben. — Für die Vortragsreihe von vier Abenden stellt sich der Preis nur auf 6 Mk.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsoblene (Wandeleger). Wir machen auf die heute abend stattfindende Betriebsrätegeneralversammlung hiermit nochmals aufmerksam. Das Erscheinen aller B.-R. und B.-O. (Wandeleger), Arbeiter und Angehörten ist unbedingt erforderlich. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Verbandesbuchs und der Legitimationskarte. Stimmkarte und Stimmaterial ist mitzubringen.

Die Betriebsrätezentrale.

Die Michaeliserferien für die Schulen in der Stadt und den Vorstädten, sowie für die Bezirksschulen werden wegen der Kohlenknappheit um 6 Tage verlängert. Der Unterricht schließt am 30. September und beginnt wieder am 18. Oktober.

Wb. In den Stadthallen-Sichtspielen kann man diese Woche die ausgezeichnete Schauspielerin Vera Coraly vom ehemaligen tschechischen Theater in Moskau in dem Film „Die Rache einer Frau“ bewundern, daneben auch die Pracht ihrer Toiletten, die in gleich großer Auswahl selten in einem Film gezeigt werden. Der nach einer französischen Novelle bearbeitete Stoff gibt der Künstlerin ausreichende Gelegenheit, ihre vielseitigen Talente zu entfalten. Das Stück spielt in Spanien und schildert in prächtigen Aufnahmen, wie eine Herzogin und Grandin von Spanien aus Rache für den ihrem Jugendgespielen durch den Herzog aus Eifersucht zugefügten grausamen Tod, Schloß, Glanz und Wohlleben verläßt, zur Straßenbirne herabfällt und schließlich im Spital für gefallene Mädchen ein trauriges Ende findet. — Die junge Mama sind fünf lustige Akte des Michaeli-Farfonzi, der selbst mitwirkt, mit Eva May in der Hauptrolle. Spiel und Bilder sind ausgezeichnet. Die Regie verdient alles Lob. Und da Henry Bender als Drehbuchautor von Lux & Co. mitwirkt, ist dem Betrachter Garantie für Sachverhalt und Scharfsinn gegeben.

Ein Tiger totgebissen. Hagenbeck, der gegenwärtig in Kiel spielt, schreibt uns: Im Hinblick auf das kürzlich dort stattgehabte Casspiel glauben wir, daß es interessieren wird, zu hören, daß Freitag im Laufe des Nachmittags eines der seltenen schönen Tigerweibchen aus dem vom Dompeter Fischer vorgeführten Tigergruppe von dem in demselben Abteil des Käfigs untergebracht und erst kurze Zeit in Dresseur befindlichen Tiger „Emir“ totgebissen worden ist. Der Verlust ist für die Firma Hagenbeck ein außerordentlich hoher, da ein Tiger dieser Art heute einen Mindestwert von 250 000 Mk. hat. Der Verlust ist um so schmerzlicher, als gerade das totgebissene Tier sehr gut dressiert und außerdem als Juchter in Aussicht genommen war.

Sansa-Theater. Die hübsche Operette „Wenn Liebe erwacht...“ bleibt nur noch Montag, Dienstag und Mittwoch auf dem Spielplan, am Donnerstag, Freitag und Samstag von der Operette „Ein König in Sibirien“ von Gilbert abgelöst zu werden, die der Oberspielleiter Ewald Runge in Szene setzt.

pb. Diebstahl. In der Nacht zum 24. d. Mts. wurde das Verdeck eines in der Wakenig liegenden Motorbootes erbrochen und aus demselben zwei Ruder, ein Klappstuhl und eine Kanne mit Benzol, welches mit Del vermischt war, gestohlen. Der Geschädigte richtet für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 100.— zu. — Einem in der Kerkeringstraße wohnhaften Müller sind in der Nacht zum 25. d. Mts. zwei Gänse aus dem Stall gestohlen worden.

pb. Einem ganz geriebenen Einbrecher kamen Beamte der Kriminalpolizei am Sonnabend auf die Spur. In einem Hause der Mengstraße war ein Einbruchdiebstahl ausgeführt. Dort hatte ein Dieb den Hausboden heimlich durch zwei große Kleiderklappen mit wertvollem Inhalt durchdrungen. Aus demselben war ein wertvoller Herrenanzug, ein Damenpelz, sowie verschiedene Wäschstücke im Gesamtwert von 40 000 Mk. gestohlen. Nach Lage der Sache konnte der Dieb nur von den Dachern der Nebenhäuser aus an den Latort gelangt sein. Diese Annahme fand ihre Bestätigung in der Festnahme eines Schloßers aus Schwonau in Pömmen. Der Festgenommene war Gatt einer nahe gelegenen Herberge gewesen und hatte seine gewohnte Ortskenntnis dazu benutzt, den Diebstahl wie oben geschildert, auszuführen. Einen Teil der Diebesbeute hatte er seiner in der Engelsgrube wohnhaften Frau geschenkt, während der andere Teil von ihm in der Herberge in einem Koffer versteckt wurde. Das Diebesgut konnte fast restlos wieder herbeigeschafft und dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

Wassermessung Falkendamm. Wassermessung am 62. September, morgens 6 Uhr 14 1/2 °; mittags 12 Uhr 14 1/2 ° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Estin. Hundevergiftungen. Eine Freveltat ist Donnerstag nacht verübt worden, indem von ruchloser Hand auf die Straße mit Styrachin vergiftete Fleischstücke geworfen wurden, damit diese von den Hunden gefressen würden; in zahlreichen Fällen ist dieses Vorhaben leider auch von Erfolg gewesen, denn bereits wird der Vergiftungstod von 16 äußerst wertvollen Hunden gemeldet, weitere liegen noch schwer erkrankt darnieder.

Hamburg. Die Lohnbewegung auf den Werften. In einer Versammlung der Betriebsräte der Hamburger Schiffbauwerke wurde die Lohnbewegung auf den Werften eingehend erörtert. Die Lohnverhandlungen haben bisher noch zu keiner Einigung geführt, die Vertreter der Arbeiter erklärten, daß die eingetragenen Lohnforderungen sich ohne Abzug der immerwährenden Steuern verstehen. Der von den Unternehmern eingeleitete Tarifvertrag sei von den Vertretern der Arbeiter abgelehnt worden, weil er wesentliche Verschlechterungen gegen den alten Tarif enthalte und die gemachten Zugeständnisse zu gering seien. Eine Einigung habe nicht erzielt werden können; nach eventueller Fällung eines Schiedsspruches durch den Reichs-Arbeitsgerichtshof werde die Verhandlungskommission für Man-

dat der Werftarbeiterkonferenz zurückgeben. Es gelangte zum Schluß ein Antrag zur Annahme, wonach den in Bremen im Streit befindlichen Werftarbeitern 20 000 Mk. aus der Ortskasse des Metallarbeiterverbandes überwiesen werden sollen.

Hamburg. Hamburger Fasisten. Die Orgelei ist tot; es leben die Fasisten! möchte man rufen bei der Lektüre eines Wähes, der dem „Hamb. Echo“ zugeflogen ist und folgendermaßen lautet: „Werte Redaktion! Einleitend überlebend wie Ihnen ein Rundschreiben des unterzeichneten Bundes mit der Bitte um Veröffentlichung. Wir geben Ihnen gleichzeitig bekannt, daß die Gründung des Bundes unter starker Beteiligung stattfand. Deutscher Fasisten-Bund.“

Hochverrat, Korruption, Erpresser- und Schieberbund sind die maßgebenden Faktoren in unserem gegenwärtigen deutschen Vaterland. Gleich Vampiren sucht verirrtes Vaterland-loses Gesindel durch eine aufkehende Propaganda das Chaos zu vergrößern, ein Vorhaben, das in absehbarer Zeit zum Bürgerkrieg führen muß. Dieses Treiben verlangt energische Abwehr. Die Regierung, die den Nord eines Erzherzogs braucht, um ihr Dasein um einige Monate zu verlängern, ist zu schlapp, um machtvoll durchzugreifen; im Gegenteil: sie sympathisiert mit den Drahtziehern. Dieses Gebaren derer, die sich überlegen fühlen, das einstige stolze deutsche Reich zu lenken, hat in den Herzen deutscher Männer Verachtung hervorgerufen. Nicht länger wollen wir tatenlos zusehen, wie täglich das deutsche Ansehen in den Schmutz gezogen wird. — Uns bleibt der Weg der Selbsthilfe. Der unterzeichnete Bund warnt jedoch, der durch unbedeutendes Benehmen persönliche Vorteile sucht: derartige Aufstände im Interesse unseres Volkes werden wir mit eiserner Faust zu brechen. Der glühende Patriotismus, der uns befeuert, ist Botschaft für den erfolgreichen Ausgang unseres Kampfes. Wehe ihnen, die nicht wissen, was es heißt: „Deutsch sein, deutsch denken und deutsch fühlen.“ Für sie ist kein Platz in unserer Heimat. Undeutschem Wesen und Handeln gilt unser Kampf.

Deutscher Fasisten-Bund.

Dazu bemerkt das „Echo“: Wir nehmen diese Bittkarte gern entgegen. Wir kennen ihre Absender und werden ihnen aufspielen, wenn sie tanzen wollen!

Hamburg. Billige Kartoffeln für Unbemittelte will der Magistrat beschaffen. Durch Verhandlungen mit dem Landbund des Landkreises Harburg, dem Landrat des Kreises Wismar und den wirtschaftlichen Vertretungen der Landwirte aus den Kreisen Bleedde und Dannenberg sowie mit dem hannoverschen Landbund ist es ihm gelungen, für die unbemittelte Bevölkerung eine größere Kartoffelmenge zu billigen Preisen bereitzustellen. Die Wirtschaftliche Vereinigung des Kreises Bleedde und die Wirtschaftliche Vereinigung Dannenberg haben beschlossen, 400 bzw. 200 Zentner Kartoffeln für die bedürftigen Einwohner der Stadt unentgeltlich zu liefern.

Sufam. Generalkreis in Sufam. Seit Sonnabend früh herrscht in Sufam wegen der Nichtanerkennung der Organisation im Transportgewerbe und Lohnforderungen in verschiedenen Betrieben der Generalkreis. Heberall ruht die Arbeit. In den städtischen Werken ist die Nothilfe eingesetzt worden. Ueberflüssigerweise hat die Schupo Verstärkungen erhalten.

Waren. Mit schwerer Pilzvergiftung wurden fünf Personen aus Grabenitz in das hiesige Krankenhaus eingeliefert. Es handelt sich um Verwechslung von Champignon mit dem sehr giftigen Knollenblätterpilz. Von der Pilzvergiftung sind nach dem Genuss von Pilzen die Arbeiterfamilien Zelste, Wrbich und Michaelis betroffen. Trotz sofort angewandter Gegenmittel waren die Frau Zelste sowie ein 8jähriger Sohn des Arbeiters Michaelis nicht zu retten; sie sind der Pilzvergiftung erlegen. Eine Frau Wrbich liegt ebenfalls im Sterben, während die andern beiden außer Lebensgefahr sind und geteilt werden dürften. Der traurige Fall mahnt wiederum beim Sammeln und Herrichten von Pilzen zur größten Vorsicht.

Varrel. Explosion auf dem Eisenwert. Freitag mittag erfolgte im Kupolofen der Stahlhütte des hiesigen Eisenwerkes eine Explosion, die wahrscheinlich auf die Entladung einer vom Zünder noch nicht befreiten Granate zurückzuführen ist. Von den dort beschäftigten Arbeitern wurden acht Mann verwundet, darunter einer schwer. Glücklicherweise sind die Verletzungen nicht lebensgefährlicher Art. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf etwa 60—100 000 Mark. Der Betrieb im Werk bleibt aufrechterhalten. Der uns Sonnabend übermittelte Bericht, in dem von acht Toten die Rede ist, trifft demnach nicht zu.

Bremen. Neues Bürgerchaftsmitglied. das aber nicht zu erreichen ist. An Stelle des aus der Bürgerchaft ausgestretenen Kommunisten Damant rückt als nächster Bernhard Götts als ein Götts ist aber, wie die Arbeiter-Zeitung schreibt, seit dem März nicht flüchtig, kein Aufenthaltsort unbekannt. Man erzählt, er sei in Moskau (?), wo ihm die Unterstützung in die Bürgerchaft einzureisen, schwerlich erreichen dürfte.

Helgoland. Zur Frage: Was will Helgoland? hat das Gewerkschaftsblatt Helgoland einen Aufruf an alle berechtigten Helgoländer erlassen, worin es unter anderem heißt: „Das von der Reichsregierung für Heimathdienst verbreitete Flugblatt „Was will Helgoland?“ verpflichtet die Vertretung der gesamten Arbeiterschaft auf der Insel zur Stellungnahme und Antwort. Denn auch auf sie beziehen sich die Worte, mit denen es sich bezieht: „An Euch wird es sein, die Antwort auf die Frage zu geben, wie weit Ihr Euch mit jener Gruppe solidarisch erklärt, die sich das Ziel gesetzt hat, das deutsche Volk den Helgoländern zu entreißen und aus verbündeter Eigenmacht Helgoland dem sicheren Ruin entgegenzuführen.“ Hierzu erklären wir, daß die Arbeiterschaft Helgolands — mit ganz geringen Ausnahmen — niemals mit der Politik der Reichs-Kommission einverstanden gewesen ist. Wohl haben wir uns stets dafür eingesetzt, daß auf die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der Insel berechnete Rücksicht genommen wird, und wir werden dies auch weiter mit allen Mitteln tun; aber es muß jedem nüchtern denkenden Menschen klar sein, daß Helgoland wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen und nur beim Deutschen Reich lebensfähig ist. Aus diesem Grunde wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die Insel von Deutschland loszutrennen, und zwar im ureigenen Interesse der gesamten Bevölkerung auf Helgoland und insbesondere der Arbeiterschaft... Helgoland muß und will deutsch bleiben, wenn es nicht zugrunde gehen soll.“

Sozialdemokratischer Parteitag.

Görlitz, 21. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Vorsitzender Wels eröffnet die Sitzung. In dem Punkt der Tagesordnung

Wirkungen des Versailler Vertrages auf die innere und äußere Politik

liegt folgende Erklärung aus den besetzten Gebieten vor: Die Delegierten aus dem besetzten schlesischen Gebiet unterstützen nachdrücklich die Forderungen nach der sofortigen Aufhebung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen. Mit den bisherigen Besatzungsmaßnahmen leiden die Arbeiter, Angehörten und Bauern sehr unter diesen ungenügsamen Besatzungsmaßnahmen. Hunger, Entbehrung, wirtschaftliche Notlage und andere sind Folgen der Sanktionen. Die sozialdemokratischen Arbeiter des besetzten Gebietes erwarten Einigung

gegen die erneute Verschärfung der Zensur, gegen die Einengung des Koalitionsrechts, gegen die Unterdrückung der republikanischen Hochzeit, gegen die Eingriffe gegen die verfassungsmäßigen Freiheiten überhaupt. Die rheinische Bevölkerung hat in zweijähriger Besatzungsdauer gezeigt, daß sie einer Militärdiktatur nicht beugt. Die Delegierten aus den besetzten Gebieten erneuern im Auftrag der sozialistischen Massen das Bekenntnis zur deutschen Republik. Weder Sanktionen noch Unterdrückungen der französischen Kulturpropaganda, noch andere Schritte französischer Imperialisten werden je einen rheinischen Passivität erreichen. Unauslösbar verbunden mit der deutschen Republik wollen die rheinischen sozialistischen Massen als Deutsche der Verständigung mit dem französischen Volke dienen.

Sollmann-Köln und Genossen.

In der Debatte über das Referat Hermann Müllers spricht als erster Redner Otto von Siedow. Wir haben schwere Aufgaben zu erfüllen gegen die internationalistische Kommission in Oppeln

und eine Warnung an den Völkerverbund zu richten. Was sich im Augenblick in Oppeln abspielt, ist nicht nur eine Tragödie des ober-schlesischen Volkes, sondern vielmehr die Tragödie Europas. Die internationalistische Kommission regiert nach eigenem Gutdünken. Die Freiheiten, die uns die Revolution gebracht hat, gelten in Oberschlesien nicht. Wir haben die Diktatur eines Dreimännerkollegiums. Die internationalistische Kommission wird immer dreister, und sie kann frei schalten und walten, weil die nationale Uneinigkeit und die Verschärfung der Klassenengegenseit ihr das Spiel erleichtert. Bei ihrem Regierungsantritt hatte sie uns einen Beirat versprochen, der zu gleichen Teilen aus Polen und Deutschen bestehen, vor allen wichtigen Maßnahmen gehört werden sollte. Dieser Beirat ist ein einziges Mal beisammen gewesen und seit einem Jahre hat General Le Rond ihn nicht mehr gerufen. (Hört, hört!) Die Zustände sind unerträglich geworden. Man beklagt das ober-schlesische Volk um seine wichtigsten Rechte. Harmlose Bewohner werden ohne Grund aus ihren Häusern geholt, mißhandelt und getötet. In Eichenau wurde ein alter Parteigenosse nachts vor den Angestellten der internationalistischen Kommission aus dem Bett geholt, fürchterlich verprügelt und an der nächsten Straßenecke erschossen. (Pfeife.) Meines Wissens sind diese Beamten noch heute im Amt. Nicht einmal ein Disziplinarverfahren wurde gegen sie eingeleitet. (Erneute Pfeife.) Unsere Hoffnung, daß nach dem Friedensvertrag die Abtötung endgültig entscheiden sollte über die Zuteilung des Landes, hat sich nicht erfüllt. Nun hatten wir eine deutsche Mehrheit und wir hofften, daß das Land nun auch unbedingt bei Deutschland bleiben würde. Aber da ist jetzt der Plan eines freistaates Oberschlesien wieder erneut in den Vordergrund getreten, der in London allem Entsetze erwecken wird. (Hört, hört!) Es ist bedauerlich, daß die deutsche Öffentlichkeit sich hiermit nicht genügend beschäftigt hat, denn darin liegt eine große Gefahr. Er würde das Aufmarschgebiet sowohl gegen die deutsche Republik wie auch gegen Polen sein, wenn er einmal demokratische Gestalt haben sollte. Alles in allem sind in Polen heute ungefähr 200 000 bewaffnete Männer, Entente-Truppen, polnischer Selbstschutz und Polizei. Viele Armeen richtet sich gegen die Arbeiter. Daher wollten die ober-schlesischen Sozialisten eine Einheitsfront bilden gegen die realistische Gefahr. Aber dieser Versuch scheiterte an dem Widerstand der polnischen Sozialisten (Hört, hört!) Wir bitten um die Unterstützung der Arbeiter im ganzen Reich. (Beifall.)

Seugel-Saarbrücken: Uns drückt der Friedensvertrag ebenso schwer wie Oberschlesien. Wir sind 15 Jahre lang dem Völkerverbund unterstellt und sollen dann über unsere Zukunft entscheiden. Diese 15 Jahre werden wir von einem Fünfmännerkollegium regiert, in dem nur ein einziger Deutscher sitzt, der natürlich gegen die vier übrigen nichts ausrichten kann. Als die Fremdherrschaft über uns kam, sagte ein französischer General: Wir bringen Euch die Freiheit. (Lachen.) Ein General, der die Freiheit bringt, ist jedenfalls ein merkwürdiges Ding, und die Freiheit, die er uns gebracht hat, ist auch danach. Wir werden politisch und wirtschaftlich zugrunde gerichtet.

Lewenz-Krefeld: Die politische Entwicklung im besetzten Gebiet leidet schwer unter den feindlichen Gewaltmaßnahmen. Trotz aller Vergewaltigungen und Ausschreitungen sind noch immer marokkanische Truppen, der Schrecken der rheinischen Bevölkerung, in Massen vorhanden. Unerträglich wird die Wohnungsnot in den besetzten Gebieten. Unglaubliche Ausschreitungen treiben die Besatzungstruppen, besonders bei ihren nationalen Festen, wenn sie in Stimmung gekommen sind. Die Schitanen infolge der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen überleben alles andere. Manche Zentrumsführer haben freilich allerlei Jünelung für einen rheinischen Pufferstaat, die Arbeiterschaft des Rheinlandes steht aber fest auf dem Boden der deutschen Republik. (Stürmischer Beifall.)

Loeb-Frankfurt a. M.: Die Reichsregierung muß darauf sehen, sich bei der Sachleistung bei der Wiedergutmachung von dem Diktat der Syndikate möglichst freizumachen. Eine Kommission sollte einen bestimmten Gewinn genau festsetzen, denn es handelt sich hier nicht um Aufträge der freien Wirtschaft, sondern für die Wirtschaft aus Leistungen des ganzen deutschen Volkes. Rathenau's Satz muß durchgeführt werden: Es darf in Deutschland keine Wiedergutmachungs-Millionäre geben. Die deutschen Vertreter im Auslande müssen die Republik besser respektieren. Der Bund der rheinischen Arbeiter hat beschlossen, auch nach dem 1. Januar 1922 die alte Forderung zu führen. Schiffe, welche nicht die Fahne der Republik führen, dürfen keine Begleitpapiere bekommen. (Beifall.)

Kaiser-Bremen verliest einen Absatz eines Artikels in der Sozialistischen Korrespondenz, in dem der Parteitag als bürgerliche Veranstaltung gekennzeichnet wird. Eine solche Kritik müssen wir strikte ablehnen. Wir werden unter keinen Umständen dulden, daß sich wieder verschiedene Richtungen in der Partei breit machen. Die Partei muß alle Aufklärungsmittel gegen nationalistische Agitation anwenden. (Beifall.)

Brauer-Eisenach: Die politischen und wirtschaftlichen vernünftigen Folgen des Friedensvertrages zeigen sich besonders im Raibergbau. Die Partei muß den Bergarbeitern zu Hilfe kommen und anerkennen, daß die Bodenschätze dem Volke gehören. Damit schließt die Debatte.

Persönlich erklärt Heilmann, daß er dem zitierten Artikel der Sozialistischen Korrespondenz fern stehe und ihn ebenso verurteile wie der Bremer Redner.

Im Schlußwort faßt Hermann Müller das in der Diskussion Gesagte nochmals zusammen und zwar dahin, daß der Friedensvertrag soweit als möglich erfüllt werden muß, daß aber seine Erfüllung in Frage gestellt werde, wenn man Deutschland die Lebensmöglichkeit nimmt durch Zerstückung Oberschlesiens, durch Sanktionen und Unterdrückungen aller Art im besetzten rheinischen und Saargebiet. Auch Müller schließt mit der Feststellung der unlöslichen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksgenossen.

Die Entschließung Hermann Müller wird einstimmig angenommen. Ebenso einstimmige Annahme findet folgende

Resolution über Oberschlesien:

Der Parteitag begrüßt das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien und stellt mit Genugtuung fest, daß die ober-schlesische Arbeiterschaft der deutschen Republik die Treue gehalten hat. Die Mehrheit des ober-schlesischen Volkes hat gezeigt, daß sie bei Deutschland bleiben will. Die Verschärfung der Entschädigung hemmt das ober-schlesische Wirtschaftsleben und bringt der ober-schlesischen Bevölkerung, besonders den Arbeitern, schweren Schäden. Die deutsche Sozialdemokratie verwahrt sich entschieden dagegen, daß in Oberschlesien die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Bürger durch die Vertreter des internationalen Kapitalismus mit Füßen getreten werden. Sie erwartet, daß die Sozialisten aller Länder dafür wirken werden, daß Oberschlesiens staatliche Zugehörigkeit nicht nach imperialistischen und kapitalistischen Gesichtspunkten entschieden wird.

Vorsitzender Wels verliest ein Telegramm der Redaktion und Geschäftsleitung der „Chemnitzer Volksstimme“; das feststellt, daß von Franz Krüger verlesene Artikel sei durch eine Verkettung unglücklicher Umstände in das Blatt gekommen und bereits in Chemnitz Gegenstand von Besprechungen gewesen. (Seitertzeit.) Hierauf geht der Parteitag zur Frage der

Programmrevision

über. Paul Löbe berichtet. Er teilt mit, daß in der Programmkommission der theoretische Teil mit 24 gegen 2 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen, der Gegenentwurf mit 26 gegen 2 Stimmen angenommen worden ist. Lebhaft wendet er sich gegen die unsachliche Kritik, die der erste Programmentwurf leider von manchen Genossen erfahren hat. So dürfen wir die ernste Arbeit der Besetzung in unserer Partei nicht herunterreißen. Löbe behauptet, daß Raubitsch, der Schöpfer des Ersten Programms, nicht am neuen

Entwurf mitgearbeitet hat. Sein Erfurter Programm wird wie das kommunistische Manifest, eines der bedeutendsten Dokumente in der sozialdemokratischen Parteigeschichte bleiben. Wenn wir heute vom Erfurter Programm Abschied nehmen, so bleiben wir doch die alte Partei, renidieren wir doch nur da, wo es uns durch die Fortentwicklung diktiert wird. Wir werden uns in dem neuen Programm nicht nur allein an die Lohnarbeiter, sondern an das gesamte schaffende Volk. Wie wir das in unseren Flugblättern und Wahlaufrufen schon immer getan haben. Liebe weist auf die überragende Bedeutung des sozialdemokratischen Programms im gesamten politischen Leben hin. Wo fragt man nach dem Programm einer bürgerlichen Partei, das nicht wie das unfrische eine Weltanschauung, sondern bestenfalls ein Aktionsprogramm für die Tagespolitik ist. Wir sind auch die erste Partei in der 2. Internationale, die den Versuch unternimmt, in einem Programm die Anwendung aus den Umwälzungen des Krieges zu ziehen. Unschöne Programme gibt es nicht, wir behaupten auch nicht, daß der vorliegende Entwurf ein solches wäre, aber wir glauben, daß es angepaßt an die tatsächlichen Verhältnisse und wirtschaftlichen Entwicklungen Deutschlands der Partei draußen bei der Aufklärungsarbeit der Massen gute Dienste leisten wird. (Lebhafte Beifall.)

Stroebel: Der Programmentwurf ist besser als der erste Entwurf, er ist aus einem Guß, von frischer Sprache und vieles ist gegenüber dem ersten Entwurf glücklich ergänzt. Dennoch haben zwei Mitglieder der Kommission, darunter auch ich, gegen den Entwurf gestimmt und empfehlen, ihn jetzt noch nicht endgültig zu verabschieden, sondern einer Kommission als wertvolles Material zu überweisen. Trotz vieler Vorzüge ist dies Programm nicht so, wie es die Partei jetzt braucht. Es läßt die Partei in den wichtigsten Fragen des Wirtschaftslebens völlig im Stich. Die Sozialisierung, das Kardinalproblem, wird in einer Weise abgetan, die Kopfschütteln oder Empörung auslösen muß. Der ganze wirtschaftliche Teil des Programms ist von einer erschreckenden Ideenlosigkeit. Die Partei verfügt über Kräfte genug, die auch für die wirtschaftliche Seite des Sozialismus die richtige Formel finden können. Trotz erklärten Willens wären die Wirklicher Kommissionsberatungen nur ein klammerlicher Notbehelf, denn es ist ein Unding, in 10 Minuten Redezeit zu neuen Problemen Stellung zu nehmen. Auch durch Mehrheitsbeschluß kann man solche Schwierigkeiten nicht überwinden. Wir sehen die ungeheuerlichen Umwälzungen auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet, aber das Programm sagt nicht, wie der Weltwirtschaft des Kapitalismus ein Ende gemacht werden kann. Wir sehen die Teuerung und Verschlechterung der Lebenshaltung, und daraus folgen die steigende Erbitterung der Volksmassen, die sich auch jetzt im Anwachen der Reaktion, im antisemitischen Hakenkreuzertum und in den Märberzentralen. Alle diese Erscheinungen haben ökonomische Ursachen. Wenn wir nicht Kraft und Einsicht genug haben, um diesen Ursachen entgegenzutreten, so werden sich die Wirkungen verschärfen. Was hilft demgegenüber das ideale Kulturprogramm? Man hofft auf den neuen sozialistischen Menschen mit ausgeprägtem Gemeinschaftsgefühl, aber man vergißt, daß die rasende Jagd nach Gewinn nur das trostlose Produkt kapitalistischer Entwicklung ist, und daß man mit Steuerplänen dagegen nichts ausrichten kann. Man denkt heute an eine Koalition zwischen Schwerkapitalismus und Sozialdemokratie. Es gibt schlechterdings keinen Vergleich aus dem Reich der Zoologie für diese perverse und naturwidrige Koalition. Die Koalition wird sich wahrscheinlich auf der Grundlage des Steuerprogramms vollziehen. Nicht die Erfassung der Sachwerte wird kommen, sondern man wird sich abfinden mit dem Kreditangebot der Untertnehmer. Die wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung wird wachsen, die Massenverelendung wird immer schlimmer werden. Da bleibt als einzige Rettung nur der Sozialismus übrig. Diese Grunderkenntnis fehlt im Programm völlig. Das Programm sieht aus, als wenn es 1912 gemacht worden wäre, als wenn es noch keinen Weltkrieg und keine Revolution gegeben hätte. Was ist das für ein Zustand, daß das Programm über die Sozialisierung nichts weiter als eine Andeutung von der Gemeinwirtschaft zu sagen weiß. Wir fordern für die faktellierten Industrien die Vollsozialisierung. Das Weltanschauungsmoment der Sozialisierung spielt unter den Arbeitern eine ungeheure Rolle. Die Arbeiter hängen nach Zielweisung. Zeigen wir den Massen, wie sozialisiert werden kann, dann werden wir auch die Arbeiter aus dem Zentrum und der Demokratie zu uns herüberziehen. Aus allen diesen Gründen wäre es verfehlt, das Programm heute zu verabschieden. Erst wenn das Programm von wahrhaft sozialistischem Geiste erfüllt ist, wird es dem Zweck dienen können, den es haben soll. (Begeisterte Beifall.)

Stampfer: Stroebel hat in der Kommission viele Stunden gesprochen, und wir hingen an seinem Munde. Wir suchten bei ihm Rat und Ideen, aber wir fanden leider beides nicht. Auch sein Programmentwurf ist nicht von solchem Ideeninhalt, daß er nun das Recht hätte, uns in dieser Weise Vorwürfe zu machen. Stat dessen haben wir von ihm nur einige Schlagwörter über die Sozialisierung gehört, die wir aus der sozialistischen Literatur kennen. Wir dürfen nicht in die Gefahr kommen, uns in neue Klappen zu verlieren. Wir gehen den Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus: Wie lang der Weg ist, das weiß keiner von uns. Diese Sozialisierungsprophete ist durch und durch unmärzistisch. Was ist der Sozialismus? Ist die klare Anschauung von einem naturnotwendig gegebenen Entwicklungsprozeß. Die Entwicklung aber muß ihre Zeit haben, und wir können nicht sagen, wann der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus vollendet ist. Wohin man kommt, wenn man mit unartiger Schnelligkeit sozialisiert, zeigt das russische Beispiel. Richtig abwegig ist, was Stroebel über die Gemeinwirtschaft gesagt hat. In der Kommission waren wir uns völlig klar darüber, daß mit Gemeinwirtschaft die Sozialisierung der dafür reifen konzentrierten Betriebe im Sinne des Kasserer Beschlusses gemeint ist. Wie das später zu geschehen hat, das kann kein Mensch heute sagen, und das gehört auch nicht in ein Parteiprogramm. Noch einige Worte über unsere grundsätzliche Stellung zum Staat: Wenn wir die Republik bejahen, bejahen wir auch den Staat. Damit endet theoretisch ein Streit, der jahrzehntelang die Gemüter beherrschte hat. Es wäre ja ein Unfinn, wenn wir für die Staatsform unser Leben einsehen, und wenn wir den Staat verneinen oder ihm zweideutig gegenüberstehen. Es gehört zu den interessantesten aber auch bedenklichsten Erscheinungen des Weltkrieges, daß er den Staatsgedanken bis in seine Wurzeln erschüttert hat. Der Ueberbannung des Staatsgedankens im Kriege mußte notwendigerweise eine radikale Entspannung und Erschlaffung folgen. Durch die Revolution und die Republik hat die Sozialdemokratie dem Volke ein höchstes Gut, den Staat, geteilt, denn wo kein Staat ist, da ist Anarchie, und wo Anarchie ist, da kann wohl Kapitalismus gedeihen, aber niemals Sozialismus. (Zustimmung!) Die Forderungen des Programms richten sich fast alle an den Staat, an die Republik. Wenn wir uns daher nicht mit beiden Beinen auf den Boden des Sozialismus stellen, wenn wir nicht auf diesem Boden von Macht und Einfluß kämpfen, dann können wir allenfalls eine philosophische Sekte sein, aber niemals große demokratische Partei. (Beifall.) Darum spricht der Entwurf von der Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft. Das ist kein neuer Gedanke, und kein revolutionäres Schlagwort. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, den Staat zu erobern, nicht um ihn zu zerstören, sondern um ihn zu dem zu machen, was er sein soll, zum Schirm der Freiheit, zum Schützer der Bedrängten. Hier liegt der Weg klar vor uns, er geht durch den Staat. Darum sind wir heute die besten Bürger des werdenden neuen Staates, wir, die Republikaner und Sozialisten. In der kürzeren ersten Debatte, die wir in der Kommission über das Programm geführt haben, fiel aus dem Munde eines Mitgliedes, einer sehr empfindenden Frau, das Wort, daß die Partei mit dem Erfurter Programm von ihrer Jugend Abschied nehme, und dieses Wort fiel uns allen schwer aufs Herz. Aber gerade jetzt sagten wir uns: Es muß sein! Mag die Jugend in ihrer Begeisterung für den Staat die Wogen laute, aber reiferer Begeisterung

der Kellern nicht entbehren. Wir wollen in dieser Stunde, in der wir, wenn der Parteitag unser Wert billigt, von dem Erfurter Programm unserer Jugend Abschied nehmen, uns geloben: Wir stehen zu dem Ideal unserer Jugend, zur Demokratie und zum Sozialismus, zur Befreiung des Proletariats! Wir wollen für sie kämpfen bis zum Ende. (Beifall.) Allen Feinden der Republik und der Arbeiterklasse, allen, die sich national nennen, die aus Eigennutz oder blindem Unverstand dem eigenen Volk den Aufstieg zu Licht und Freiheit versperren wollen, rufen wir zu: Hütet Euch! Wir sind da. Nicht Euch gehört die Zukunft, sondern denen, die aus der Tiefe emporkommen. Es gibt kein Zurück! (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Aus der Partei.

Neue Kämpfer für unsere Partei. In Eßlingen erscheint vom 1. Oktober ab für den Bezirk Eßlingen, Ballingen und Hohenzollern ein neues sozialdemokratisches Organ: „Der Volkswille“. Mit diesem neuen Kämpfer für unsere Sache ist das erste Duzend sozialdemokratischer Zeitungen in Württemberg voll, nachdem in diesem Quartal bereits zwei neue Parteizeitungen, die „Seidenheimer Volkszeitung“ und der „Geislinger Allgemeine Anzeiger“ gegründet wurden. Auch diese Tatsache zeigt den Fortschritt, den unsere Partei in Württemberg zu verzeichnen hat.

Gewerkschaften.

Einigung im Buchdruckgewerbe? Wie der Deutsche Buchdruckerverein mitteilt, fanden die unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Brahn vom Reichsarbeitsministerium angeführten Einigungsverhandlungen am späten Nachmittag ihren Abschluß: Die Prinzipalität machte schließlich das Angebot, für die höchste Klasse der Gehilfen vom 1. Oktober an 855 Mk., vom 15. November an 880 Mk. mit den entsprechenden Abstufungen für die Bedienen und Orte mit niedrigeren Lokalaufschlägen zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Gehilfenchaft angenommen. Ueber die Einzelheiten der neuen Teuerungszulagen wird erst Sonntag vormittag weiterberaten. — Werk. Morgenblätter schreiben: Wie der „Deutsche Buchdruckerverein“ mitteilt, haben die im Buchdruckgewerbe geführten Einigungsverhandlungen zu einer Einigung geführt.

Textilstreik in Gera-Greiz. In dem wichtigen Gera-Greizer Textilbezirk sind laut Meldung des „Konfektionär“ etwa drei tausend Färbereiarbeiter in den Ausstand getreten. Die Arbeiter sind mit den von den Arbeitgebern bewilligten Lohnerhöhungen nicht einverstanden; sie verlangen eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes um 3 bis 3,50 Mark. Es ist mit der Möglichkeit eines Ausstandes auch der Webereiarbeiter zu rechnen, falls nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erzielt wird.

Die Metallarbeiter Thüringens sind in den Ausstand getreten. In Erfurt streikten die Arbeiter der Großbetriebe.

Der erste Afa-Gewerkschafts-Kongress wird am 2. und 3. Oktober in Düsseldorf stattfinden. Als Tagesordnung ist u. a. vorgesehen: Die Reorganisation des Afa-Bundes, Referent: Bruno Süß, Berlin; die Fortbildung des Arbeitsrechts, Referent: Prof. Dr. Singheim, Frankfurt/Main; die Neuordnung der Sozialversicherung, Referent: Hellmuth Lehmann, Dresden. — Der Allgemeine freie Angestelltenbund, der aus der früheren Arbeitsgemeinschaft für das einseitliche Angestelltenrecht hervorgegangen ist und heute die Spitzenorganisation aller freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände (Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister, Bühnenangestellte, Bankbeamte ufm.) darstellt, umfaßt 21 Organisationsverbände mit rund 750 000 Mitgliedern. Die angeschlossenen Verbände, zu denen der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Werkmeister-Verband und andere gehören, waren früher nur lose kartelliert, während nunmehr der Afa-Bund nach der auf dem Kongress zu beschließenden Reorganisation für die Angestelltenverbände eine festgefügte Großorganisation bilden wird, die in ihrem Aufbau dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gleicht und mit ihm durch einen kürzlich abgeschlossenen Organisationsvertrag zwecks solidarischen Handelns der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ena verbunden ist. Aus der Tagesordnung des Kongresses geht auch hervor, daß der Afa-Bund mit besonderem Nachdruck die Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung für alle Arbeitnehmer anstrebt. Er unterhält durch seine Zugehörigkeit zum Internationalen Gewerkschaftsbund, Stk. Amsterd., auch enge Beziehungen zu den ausländischen Arbeiter- und Angestelltenbewegungen, deren Delegationen in Düsseldorf anwesend sein werden. Ebenso sind die übrigen namhaften sozialen Körperchaften, Behörden, und die auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes bekannten Wissenschaftler eingeladen worden. Die lokalen Vorberreitungen des Kongresses, der rund 300 Teilnehmer umfassen wird, liegen in den Händen des Deutschen Werkmeister-Verbandes, dessen Sitz sich in Düsseldorf befindet.

Eine gewerkschaftliche Faktion. Eine große Nahrungsmittelarbeiter-Gewerkschaft ist im Werden. Die Verbände der Bäcker und Konditoren, der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Fleischer und verwandten Berufsgenossen sind dabei, sich zu einer einseitigen Gewerkschaft zusammen zu schließen. Mit der praktischen Vorbereitung haben diese Verbände eine sechs-köpfige Kommission betraut. Nun ist noch eine Urabstimmung erforderlich um den Willen der Mitglieder zu diesem Akt zu erkunden. Die Sechserkommission hat die Urabstimmung über die Verschmelzung der drei Verbände auf den 9. Oktober angesetzt. Es besteht kein Zweifel, daß eine Riesenherrschaft für die Verschmelzung ist.

Existenzminimum: 70 000 Mark. Bekanntlich nehmen die Unternehmer jede Gelegenheit wahr, um der Öffentlichkeit darzulegen, daß die Kosten des Lebensunterhaltes keineswegs so geringen seien, wie dies von Arbeitnehmerseite geschildert wird. Es ist klar, daß die Unternehmer zur Durchföhrung ihrer Lohnpolitik ein Interesse haben, die Lebensunterhaltskosten so niedrig als möglich anzugeben. Wie in Wirklichkeit die Bankwelt die Verteuerung der Lebenshaltung einschätzt, beweist folgender Brief, den die Deutsche Bank in Berlin an einen ihrer amerikanischen Geschäftsfreunde richtete:

Berlin, den 11. August 1921.

Herrn Z. J.
Auf den weiteren Inhalt Ihres Briefes erlauben wir uns höflich zu erwidern, daß die Kosten, welche die Lebenshaltung in Deutschland zurzeit erfordert, abhängig sind von der Größe der Familie und von den Ansprüchen, die gestellt werden. Eine Familie von drei Personen dürfte gegenwärtig zu ihrem Unterhalt eine Summe von 70 000 Mark jährlich gebrauchen, wobei es ziemlich gleich bleiben dürfte, ob der Aufenthalt in Berlin oder Hamburg genommen wird. Im allgemeinen kann man sagen, daß das Leben in Deutschland augenblicklich ungeheuer teurer ist, als in der Vorkriegszeit. Wir empfehlen uns Ihnen hochachtungsvoll
Deutsche Bank
Unterzeichnet.

Die Deutsche Bank macht also das wichtigste Eingeständnis, daß das jährliche Existenzminimum für eine dreiköpfige Familie 70 000 Mark beträgt und daß die jetzigen Kosten der Lebenshaltung in Deutschland um fünfzehnmal höher als in der Vorkriegszeit einzuschätzen sind. Der Brief der Deutschen Bank bietet allen Organisationsvertretern bei Tarifverhandlungen ein

wertvolles Beweisstück, um den Arbeitgebern klarzumachen, daß die Entlohnung sehr weit hinter den gegenwärtigen Preisverhältnissen zurückbleibt.

Die Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland. Das Moskauer Gewerkschaftsblatt „Trud“ macht darauf aufmerksam, daß im Zusammenhang mit der geplanten Zusammenlegung und Schließung vieler staatlicher Industriebetriebe und der Verringerung der Arbeiter- und Angestelltenzahl in den weiter bestehenden Betrieben, eine große Menge von Arbeitern entlassen werden müsse und berechnet ihre Zahl auf über dreieinhalb Millionen. Da die Entlassenen der staatlichen Verforgung verlustig gehen und weder in der Landwirtschaft, noch in der privaten und Haus-Industrie sofort Verwendung finden können, so ist eine große Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen nicht zu umgehen.

Reichsjugendkonferenz der Metallarbeiter.

kr. Jena, 20. September 1921.
Die erste Reichsjugendkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes fand im hiesigen Gewerkschaftshaus im Anschluß an den Verbandstag statt. Sie war von 98 Delegierten besetzt, außerdem nahmen an ihr mehrere Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter teil.

Einen Bericht über die bisherige Jugendarbeit im Verband erstattete Reichsjugendsekretär Braukmüller (Stuttgart). Er gab einen Ueberblick über das Werden der Arbeiterjugendorganisationen im allgemeinen und der Entwicklung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit bis auf ihren heutigen Stand. Der Metallarbeiterverband zählte im Jahre 1920 bereits 222 907 Mitglieder.

In einem Referate über die Zusammenfassung und Organisation der Jugendlichen im Verband formulierte der Referent Teils (Bremen) die Gleichstellung der Jugendsektionen mit den anderen Sektionen im Verband. Er setzte sich warm für die Mitarbeit und weitgehende Selbstbestimmung der Jugendlichen ein, durch Taterziehung würden auch Taimenschen herangebildet. In den Betrieben sollten Jugendvertrauensleute eingesetzt werden, um die Verbindung mit den Jugendlichen aufrecht zu erhalten.

In einer längeren Diskussion über die Referate wurde größere Aktivität des Reichsjugendsekretariats und mehr Rücksicht auf die Selbständigkeitsbestrebungen unter den Jugendlichen verlangt. Auch in den Betriebsräten müßten die Jugendlichen vertreten sein. Dismann (Stuttgart) vom Vorstand sprach gegen eine selbständige Jugendorganisation innerhalb des Verbandes. Die Jugendlichen müßten materiell sichergestellt werden, Aufgabe des Verbandes sei es aber auch, sie zu Menschen und zu Kämpfern zu erziehen. Gelingen dieses, dann brauche einem um die Zukunft des Verbandes nicht bange zu sein.

Es lagen zu diesen Punkten eine Reihe Anträge vor, die die Ausgestaltung der Metallarbeiterjugend, die Abhaltung von Jugendleiterkursen und die Anstellung von Jugendleitern betreffen. Sie wurden dem Vorstand überwiesen. Die Abhaltung eines Reichsjugendtages wurde abgelehnt.

Die beiden Punkte: Beschäftigungsverhältnisse in Industrie und Handwerk sowie Gesetzgebung und Jugend, behandelte Friede!-Chemnitz in einem Vortrage zusammen. Die Verwirklichung der Forderungen des Reichsaussschusses der Arbeiterjugendorganisationen müsse das erste Bestreben sein. Auf Berufsberatung und Arbeitsvermittlung müssen wir einen Einfluß zu bekommen versuchen, wozu der A.D.G.B. beitragen kann. Die Fortbildungsschulen müssen besser ausgebildet werden.

Der Kongress erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden und schloß sich den Richtlinien des Reichsaussschusses der deutschen Arbeiterjugendorganisationen und der Reichsjugendkonferenz des A.D.G.B. an. Eine Kommission wurde beauftragt, noch weitere Richtlinien für die Tätigkeit der Jugendlichen auszuarbeiten.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Aus aller Welt.

Raubüberfall im Stettiner Cizau. Im Cizau Berlin-Stettin wurde ein Berliner Fleischermeister kurz vor der Station Angermünde um 40 000 Mk. in barem Gelde bestohlen. Als Täter kommen vier Männer in Frage, die dem Bestohlenen kurz vorher eine Zigarre angeboten hatten, nach deren Rauchen er einschliefe.

Ein Mörder verhaftet. Die Ermittlungen der Mordekommission der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß die Frau des Kartoffelhändlers Krotke zu Rentföhl in einem Raubmord zum Opfer gefallen ist. Als Täter wurde der in der gleichen Straße wohnhafte Gemüsehändler Jazy ermittelt. Dieser stand mit dem Kartoffelhändler Krotke in geschäftlichen Beziehungen. Er ist dringend verdächtig, die Tat verübt zu haben, und wurde nach kurzem Verhör noch in der Nacht vorläufig festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Eine Straßenbahn mit Ueberfluß. Geradezu als Seltenheit der heutigen Zeit ist es anzusehen, daß die Berliner Straßenbahn im August 1921 mit einem Ueberfluß von 4 000 000 Mk. gearbeitet hat. Im vergangenen Jahre betrug der Ueberfluß 20 000 000 Mk. Bereits im Mai d. J. war ein Ueberfluß von 800 000 Mk. im Juni von 2 000 000 Mk. zu verzeichnen. Der Ueberfluß im September hätte noch größer sein können, wenn nicht der erntige künftige Streik der Verwaltung 1 500 000 Mark gekostet hätte. Auf Grund dieser Ergebnisse will das Berliner Verkehrsamt von einer Erhöhung der Fahrpreise absehen.

Ueberfall durch Milchsperde. Bei den Aufnahmen in Berlin zu dem neuesten John-Hagenbeck-Film „Die Rache der Afrikanerin“ geriet der Dompteur Carl de Bogis in höchste Lebensgefahr. Zwei Milchsperde, mit denen er allein im Käfig arbeitete, drückten ihn mit Gewalt an die Gitterstäbe. Nur der Geistesgegenwart Carl de Bogis und des Herrn John Hagenbeck ist es zuzuschreiben, daß er am Leben blieb. Herr Hagenbeck und ein Wärter sprangen in den Käfig und trieben die Tiere mit Peitschen und Pöken zurück. Der Wärter erlitt eine leichte Fußverletzung.

Ermordung eines Großindustriellen. Aus Bochum wird gemeldet: Wie erst nachträglich bekannt wird, ist Direktor Sohn von der Deutschen Ammonial-Verkaufsvereinigug etwa ein Kilometer von Bad Neuenahr entfernt erschossen und seiner Bestattung beraubt worden. Die Ammonial-Verkaufsvereinigug hat eine Belohnung von 50 000 Mk. auf die Ergreifung des Raubmörders ausgesetzt.

Eine kostbare Briefmarkensammlung gestohlen. Aus der Wohnung eines Bureauvorsetzers in Arnstadt bei Halle wurde eine Briefmarkensammlung im Werte von einer halben Million Mark gestohlen. Von dem Täter fehlt vorläufig jede Spur.

Explosion in einem Nitrumwerk. In den Nitrumwerken Kleinlaureburg bei Karlsruhe ist eine Explosion entzündet, wodurch die Abfallstation für Sauerstoff vollkommen zerstört worden ist. Mehrere Arbeiter wurden getötet; der Materialschaden ist sehr beträchtlich. Durch die Explosion wurde die Starkstromleitung nach Mülhausen im Elßa zerstört.

Die Kirche als Nachtlager. Zu einem drastischen Mittel, um eine Unterkunftsstätte für die Nacht zu erhalten, hat in Kopenhagen ein Teil der außerordentlich zahlreichen Obdachlosen gegriffen. Sie haben auf Veranlassung ihrer Führer gestern nacht eine Kirche besetzt und dort übernachtet. Am Morgen verließen sie, ohne irgendwelchen Schaden angerichtet zu haben, ihre Ruhestätte. Die Kopenhagener Kirchen sollen von heute ab durch Polizisten bewacht werden, damit sich der Vorgang nicht wiederholt. Jedemfalls haben die Obdachlosen erreicht, daß die öffentlichen Meinung Mittel und Wege sucht, ihnen zu helfen. Mehrere Geistliche haben dem Gedanken zugestimmt, die Kirchen nachts für die Obdachlosen offenzuhalten.

Schiffunglück im Kanal. Aus London wird gemeldet: Im Kanal ist infolge dichten Nebels der Postdampfer *Ostende* mit einem norwegischen Frachtdampfer zusammengestoßen. Der Frachtdampfer ist innerhalb vier Minuten gesunken, von seiner Besatzung 24 Mann bestehende Besatzung sind jedoch alle gerettet.

Eisenbahnunfälle in Italien. Zwei mit Reisenden überfüllte Züge, die den Bahndamm auf der Strecke Rom-Florenz besetzten, sind bei der Station Grottole zusammengestoßen. Die Lokomotiven sind mehrere Wagen überschlugen sich. Es wurden 30 Schwerverletzte festgestellt. Ein anderer Eisenbahnunfall wird aus Palermo gemeldet. In der Nähe der Station Valparaiso ist ein Personenzug mit einem Güterzug infolge Versagens der Bremsen zusammengestoßen. Bei dem Unfall wurden 15 Reisende schwer verletzt. Zahlreiche andere Personen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Mit Handgranaten gegen einen Eisenbahnzug. Wie der *Woolfs* meldet, wurde im Rumänien ein Personenzug in Höhe der Station Waschani von Räubern mit Gewehrschüssen und Handgranaten angegriffen. Der Zugführer wurde getötet, aber der Heizer gab Wollwolle und es gelang so, den Zug zu retten. Zwei Reisende wurden getötet, mehrere andere verletzt.

Ein großer Schneesturm. Aus Amsterdam wird gemeldet: Bei einem Schneesturm im Gebiet des Orange-Freistaates sind 8000 Kinder umgekommen.

Ein Riesenbrand droht nach einer Meldung des *Daily Herald* für England. Wegen Lohnforderungen sollen am 12. Oktober in der Maschinen- und Schiffbauindustrie über 2 Millionen Arbeiter ausgesperrt werden.

Millionenpende für Kinderpeinungen. Ueber die neue Hilfsaktion des Central-Relief-Committee wird dem Deutschen Roten Kreuz gefahlet: Obgleich die offizielle Eröffnung der Dreimillionen-Dollar-Kampagne für deutsche Kinderpeinungen erst auf den 6. Oktober festgesetzt ist, hat die Stadt St. Louis bereits 10 000 Dollar durch ein Konzert aufgebracht und die Stadt Utica 550 Dollar durch einen deutschen Blumentag. Newhauen bereitet einen Bazar vor, um 30 000 Dollar aufzubringen, und das New Yorker Komitee trifft Vorbereitungen, um 750 000 Dollar aufzubringen. Vertreter des Central-Relief-Committee sind augenblicklich in Washington, um den Präsidenten Harding und andere hohe Regierungsleute für die großzügige Aktion zu interessieren. Führende Amerikaner nichtdeutscher Abstammung sind vom Central-Relief-Committee ersucht worden, den Einfluß ihrer Feder der Bewegung zu leihen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Unentgeltliche Zustände.

Vom 1. Oktober ab kostet die Benutzung des Fernsprechers in der Stadt je 25 Pf.; daher hat das hiesige Hauptzollamt den Beamten und Gewerbetreibenden unterjocht, die amtlichen Sprechstellen auf den Zollstellen für sich zu benutzen, obgleich den Beamten jetzt die private Benutzung des Fernsprechers vom Minister gestattet worden ist. Daß Beamte und Gewerbetreibende später die Kosten für ihre Gespräche bezahlen müssen, ist selbstverständlich; haben jedoch die Benutzung des Fernsprechers zu unterjagen, ist unhaltbar, ebenso wie die Anordnung, daß die Beamten die Gewerbetreibenden nur in den dringendsten Fällen anrufen dürfen, weil dieses dem Staat Geld kosten würde. Auch hierfür müssen die Gewerbetreibenden bezahlen, weil es nur in deren Nutzen liegt, wenn die Beamten sie dienstlich anrufen, weil sie etwas nicht in Ordnung usw. haben. Ebenso sonderbar ist es, daß jetzt die Begleitungs- und Bewachungsbeamten mit Schußwaffen ausgerüstet werden sollen und schon Schießübungen abgehalten haben. Soll etwa auf betrunkenen ausländische Matrosen jetzt auch noch geschossen werden? Diese Bestimmung müht wohl noch von der fehlerhaften Regierung her; sie muß schleunigst beseitigt werden. Ebenso muß der amtliche Fernsprecher auf den Zollstellen wieder wie früher dem allgemeinen Verkehr freigegeben werden, natürlich gegen Bezahlung der Kosten.

Neue Bücher.

Das einheitliche Arbeitsrecht. Von Fritz Schröder. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin S.O. 26. Der 54. Seiten starke Broschüre ist ein vom Verfasser auf dem ersten Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten in Weimar 1921 gehaltenen Vortrag zugrunde gelegt. Einleitend werden die verschiedenen Epochen der geschichtlichen Entwicklung der Wirtschaft und damit der Rechtsordnung geschildert, um dann zu der Frage Stellung zu nehmen: Was ist Arbeitsrecht? Die Frage wird ausführlich auf Grund verfassungsrechtlicher und wissenschaftlicher Auslegungen behandelt. Daran anschließend findet das zu schaffende

Arbeitsgesetzbuch, in dem das Arbeitsvertragsrecht den ruhenden Pol bildet, ergiebige Würdigung. Bei Behandlung dieses ganzen Komplexes wird auch die Neuordnung des Vereinigungs- und Streikrechts in Betracht gezogen. Einen breiten Raum nimmt die Besprechung der Neuordnung des Schlichtungswesens mit seinen vielen Unterfragen ein, dem Abhandlungen über den Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes und des Arbeitsnachweisgesetzes folgen. Die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitsgerichten und des Ausbaues der Gewerbeaufsicht wird ausführlich beleuchtet.

Ernest Poole: Der Hafen, Roman. Aus dem Englischen über- setzt von Hermynia zur Mühlen. 1920. Der Verlag Gesellschaft und Erziehung (Berlin-Friedrichshagen) hat sich mit der Herausgabe dieses starken Werkes ein besonderes Verdienst erworben. Der Hafen — gemeint ist der riesige New Yorker Hafen — ist die Urgewalt, das Lebensrädchen, das den jungen Schriftsteller mit elemen-

terer Macht packt und nicht mehr los läßt, bis er ihn in seinem innersten Wesen erfährt. Meisterhaft wird von Poole geschildert, wie dieses schlingende Ungeheuer zunächst auf ihn als Knaben dann auf den Jüngling und den Mann wirkte; wie der angehende Schriftsteller ihn zuerst mit den Augen der Industriearbeiter und Börsejobber anschaut und ihn so in packenden Bildern darstellt, bis ihm die Urgewalt eines Riesenstretts die Augen öffnet und er zu den Unterdrückten des Lebens, den Dodern und Heizern, den eigentlichen Kräften des Hafens, den Weg findet, der fortan seinem Leben die Richtung gibt. Die Uebersetzung zeigt eine eble Beherrschung der Sprache; schade, daß dem Korrektor manche Druckfehler entgangen sind, die in einem so vortrefflichen Buche peinlich wirken müssen. Ich wünsche gleichwohl dem Werke weite Verbreitung unter der Arbeiterklasse; es ist ein Buch aus ihrem Geiste, das zumal in einer Hafenstadt besonderen Anklang finden muß. -h.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 23/24. September 1921.

	Kleinhandelspreis für 1 Pfund in Pfg.			Kleinhandelspreis für 1 Pfund in Pfg.		
	häuf.	höchst	niedr.	häuf.	höchst	niedr.
Getreide und Fleischwaren						
Rindfleisch: Kochfleisch	1200	1400	900			
Bratfleisch	1400	1500	1000			
Kalb- und Hammelfleisch: Kochfleisch	1200	1400	1000			
Bratfleisch	1400	2000	1000			
Schweinefleisch: Kochfleisch	1200	1300	1000			
Bratfleisch	1400	1400	1200			
Pferdefleisch: Kochfleisch	1800	1900	1500			
Bratfleisch	1900	2000	1600			
Leberwurst I	500	600	400			
II	800	800	700			
Mettwurst: getöchtete	2000	2400	1800			
geräucherte	1400	1600	1000			
Speck: geräucherter, hiesiger	2000	2800	1400			
fremder	2600	2800	2000			
1500	1800	1400				
Wollereiprodukte, Fett, Eier						
Wollmilch 1 Liter	300	300	300			
Magermilch 1	140	140	140			
Räse, halbfetter	1400	1600	1200			
Maisereibutter	2750	2900	2700			
Margarine	1500	1800	1100			
Schweinefleisch	1600	2200	1500			
Eier	220	220	220			
Brot, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren						
Roggenbrot	171*	217	171*			
Weizenbrot	192*	243	192*			
Semmel	334	334	334			
Weizenmehl	360	400	355			
Buchweizenmehl	600	650	500			
Hafersuppe	450	450	300			
Hafersoden	400	460	360			
Gerstengraupen	380	420	320			
Gerstengröße	380	420	320			
Erbsen, gelbe	350	420	240			
grüne	350	380	250			
Weisse Bohnen	350	500	250			
Reis	420	520	340			
Weizenmehl	350	450	325			
Sago	450	520	400			
Zucker: Würfelzucker	400	400	400			
gem. Melis	380	380	380			
tee	3200	3600	2800			
Kaffee	2400	3000	2000			
Kaffee-Erlaß	380	480	350			
Speisefalz	35	50	30			
Speiseessig, Liter	150	165	120			
Gemüse und Obst						
Tomaten	250	350	250			
Gurken, Stück	150	400	100			
Spargel I	—	—	—			
II	—	—	—			
III	—	—	—			
Weißkohl	60	70	60			
Wirsingkohl	80	80	70			
Rotkohl	100	120	100			
Blumenkohl I 1 Kopf	500	800	400			
II 1	300	400	200			
Rotkohl	250	280	200			
Grünkohl	—	—	—			
Gemüse und Obst						
Rote Beeten	50	80	50			
Rohrabi	80	100	80			
Stedrüben	—	—	—			
Zeltower Rüben	—	—	—			
Rhabarber	40	40	40			
Spinat	150	180	120			
Zwiebeln	120	140	110			
Kartoffeln	70	80	65			
Möhren	70	100	60			
Radishesen 1 Bund	90	40	30			
Kopfsalat 1 Kopf	80	100	60			
Erbsen	—	—	—			
Große Bohnen	—	—	—			
Dreihohnen	350	450	300			
Halbreife Bohnen	500	500	500			
Sellerie 1 Knolle	150	180	100			
Porree 1 Stange	80	80	50			
Zafeläpfel	300	400	250			
Wirtschaftsäpfel	180	200	100			
Eßbirnen	200	350	150			
Kochbirnen	100	100	60			
Kleberbeeren	150	200	150			
Pflaumen	400	400	400			
Schlehe	150	200	140			
Fische						
a) Süßwasserfische						
Schleie	1700	2000	1400			
Karpfen	1600	1800	1600			
Aale, große	1600	1800	1600			
mittel	1400	1400	1200			
kleine	900	900	800			
Sedte	700	900	500			
Barsche	400	500	300			
Brachsen, große	500	500	500			
kleine	—	—	—			
Rotaugen, große	300	300	300			
kleine	200	200	150			
b) Seefische						
Dorsche	280	300	200			
Butt, große	400	500	300			
kleine	550	550	300			
Steinbutt	650	700	500			
Schellfische	250	350	150			
Grüne Seringe	—	—	—			
Geräucherte Fische						
Seringe	650	700	600			
Sprotten	600	600	600			
Aale, große	2800	3000	2800			
mittel	2200	2500	2200			
kleine	1400	1400	1200			
Brenn- und Leuchtstoffe						
Nußkohlen 1 Zentner	2750	2750	2750			
Kartfots	3280	3260	3280			
Gaskots 1 Zentner	2780	2780	2780			
Braunkohlenbriketts 1 Zentner	2275	2275	2275			
Torf	1550	1550	1550			
Gas 1 cbm	150	150	150			
Elektrizität 1 KwStb.	450	450	450			
Petroleum 1 Liter	480	500	450			



Lunina
Büchel, Mittelst., Bitten
verschwinden sehr schnell,
wenn man abends den
Schaum v. Zucker's Patent-
Medikal-Seife eintrudeln
läßt. Schaum erst morgens
abwaschen u. mit Zuckerkoh-
Crema nachstreichen. Groß-
artige Wirkung v. Lausenden
bestätigt. In allen Apothek.,
Drogerien, Parfümerie- u.
Feilwaregeschäften erhältlich.
(6901)

Neu erschienen! Vorwärts- Kalender 1922

in Tiefdruck, reich
illustriert, zum Preise
von Mk. 4.—
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 45.

Gold, Silber, Platin
kauft kündigt Höchstzahlend
C. Perle, Goldschmied,
20. Friedrichstraße 26
(6902)

Für Geburtstags- und
Verlobungs-Geschenke
eignen sich unsere in
verschiedensten Preis-
lagen vorrätigen Brief-
kassetten, Briefmappen,
Damen Schreibmappen,
Blumen-Briefkarten
mit Umschlägen, Notiz-
büchlein in Wattpapier,
Umschlag, Visitenkarten
und die reichhaltige
Unterhaltungsliteratur.

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die Unterzeichneten bringen hierdurch zur
Kenntnis, daß sie sich genötigt sehen, vom
1. Oktober d. J. ab an **Sollzinsen** nicht unter
1% über dem jeweiligen Lombardzinssatz der
Reichsbank, mindestens 6% p. a. in Ansatz zu
bringen.

- Alfons Frank & Co.,
Bank für Handel und Gewerbe a. G. m. b. H.,
Commerz-Bank in Lübeck,
Commerz- und Privat-Bank A.-G., Filiale Lübeck,
Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck,
Dresdner Bank, Filiale Lübeck,
Kreditbank Lübeck a. G. m. b. H.,
Luis Wolff, Kommandit-Gesellschaft,
Lübecker Privatbank,
Nationalbank für Deutschland, Kom.-Ges. a. Aktien,
Zweigniederlassung Lübeck,
Verkehrs- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck,

(6904)